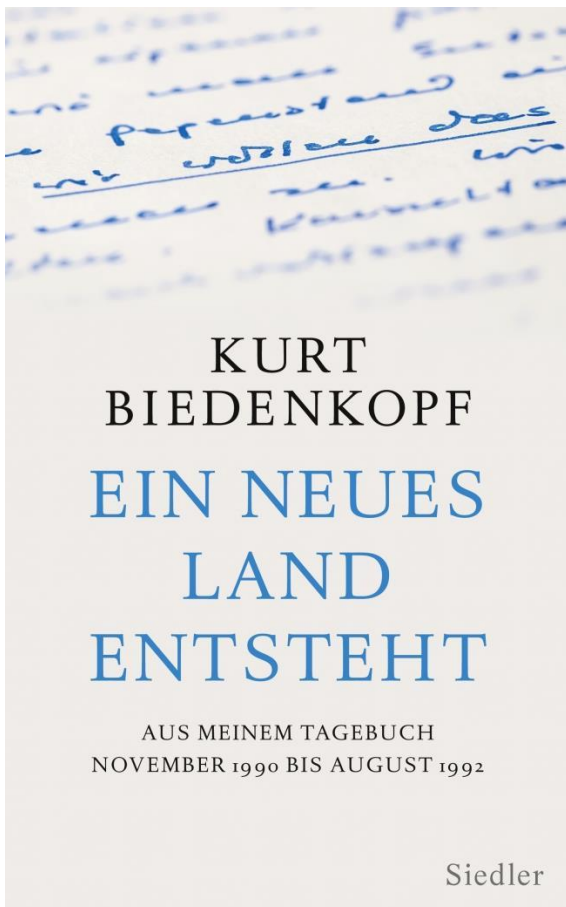


Leseprobe

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf
Ein neues Land entsteht
Aus meinem Tagebuch
November 1990 - August
1992



Bestellen Sie mit einem Klick für 29,99 €



Seiten: 528

Erscheinungstermin: 21. September 2015

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Kurt Biedenkopfs Tagebücher der Jahre nach der Wende. Ein bedeutendes Zeitdokument.

Kurt Biedenkopf, der 1990 zum Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen gewählt wurde, führte in den neunziger Jahren ein Tagebuch: Die Aufzeichnungen aus den Jahren 1990 bis 1994 beschreiben auf brillante Weise die Zeit nach der Wende und das schwierige Ringen um die innere Einheit. Schonungslos offen und auf höchstem intellektuellen Niveau reflektiert Biedenkopf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im wiedervereinten Deutschland.



Autor

**Prof. Dr. Kurt H.
Biedenkopf**

Kurt Biedenkopf wurde 1930 in Ludwigshafen am Rhein geboren. Er ist Jurist und Wirtschaftswissenschaftler. In den sechziger Jahren war er Rektor der Universität Bochum, von 1973 bis 1977 Generalsekretär der CDU, in den achtziger Jahren Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen. Von 1990 bis 2002 war er Ministerpräsident der Freistaates Sachsen.

Kurt H. Biedenkopf
Ein neues Land entsteht
Aus meinem Tagebuch
November 1990 bis August 1992

Kurt H. Biedenkopf

Ein neues Land entsteht

Aus meinem Tagebuch
November 1990 bis August 1992

Siedler



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
EOS liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

Erste Auflage
September 2015
Copyright © Kurt H. Biedenkopf
Copyright © 2015 by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg
Satz: Uhl + Massopust, Aalen
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-8275-0072-4

www.siedler-verlag.de

Inhalt

Zur Einführung	7
Tagebuch	13
Personenregister	499
Sachregister	519

Zur Einführung

Die ersten beiden Jahre nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 waren einmalige Jahre. Ein neues Land entsteht, so der Titel dieses Bandes. Er hätte auch lauten können: Ein altes Land erwacht. Der Freistaat Sachsen, erinnerte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine Zuhörer bei seinem ersten Besuch in Dresden, sei kein neues Bundesland. Sachsen gehöre vielmehr zu den ältesten staatlich verfassten Regionen Deutschlands, im Alter übertroffen eigentlich nur noch durch Bayern. In den ersten beiden Jahren trafen beide, das alte und das neue Land, mit einer Wucht aufeinander, die den tiefgreifenden Unterschieden zwischen ihnen ebenso geschuldet war wie der Geschwindigkeit, in der sich die Wiedervereinigung vollzog.

Ein Segler kennt die Tücken einer Kreuzsee, in der sich Wellen aus verschiedenen Richtungen schneiden. Sie machen es ihm und seinem Boot schwer, die Stabilität zu sichern und Kurs zu halten. Die Wellen, die sich in den Jahren, aus denen die folgenden Eintragungen stammen, in Sachsen schnitten, liefen nicht nur quer zueinander. Sie waren groß, unberechenbar in ihren Dimensionen und hinterließen stets aufs Neue gefährliche Wellenberge und -täler. Vieles, was scheinbar Bestand hatte, wurde von ihnen verschlungen, anderes wurde nach oben geschleudert. Nichts war wirklich sicher.

Einen ersten Eindruck von der Vielfalt der Strömungen, ihrer Widersprüchlichkeit und den widerstreitenden Hoffnungen und Ängsten, die auf meine Frau und mich warten würden, erhielten wir, als wir nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten in unser provisorisches Quartier zogen; ein ehemaliges Schulungszentrum des Staatssicherheitsdienstes, an der Schevenstraße im Stadtteil Weißer Hirsch gelegen. Die Kommission, die unter Führung

von Arnold Vaatz beauftragt war, die Regierungsbildung vorzubereiten, hatte uns das Anwesen als Residenz zugedacht. Dafür war es zu groß. So entschlossen wir uns, zahlreiche zukünftige Mitarbeiter aus Westdeutschland, die so schnell keine Bleibe finden konnten – vom Minister bis zur Sekretärin – in die »Residenz« aufzunehmen. Die Wohngemeinschaft war geboren. Wesentliche Entscheidungen der ersten beiden Jahre wurden in ihr vorbereitet. Mit elf Jahren Nutzung unter provisorischen Bedingungen gehörte die »Schevenstraße« zu den hartnäckigsten Provisorien unserer sächsischen Zeit.

Bis Mitte Januar 1991 diente sie auch als Amtssitz des Ministerpräsidenten und damit als seine erste Adresse. Wenige Tage nachdem diese sich herum gesprochen hatte, überraschte uns ein schnell wachsender Strom von Briefen aus allen Teilen des Landes. Es handelte sich um »Eingaben« an den Ministerpräsidenten oder die Regierung. Mit ihrer Hilfe konnte man sich in der Zeit der DDR beschweren, auf Missstände aufmerksam machen oder Anregungen vortragen, ohne persönliche Risiken einzugehen. In kurzer Zeit hatten sich rund 10 000 dieser Eingaben angesammelt. Ob sie je beantwortet würden, war unklar.

Das wollte ich ändern. Alle Eingaben sollten beantwortet werden. Der Mitarbeiter, den ich mit dieser Aufgabe betraute, wurde im Sommer 1991 wieder in Baden-Württemberg gebraucht. Er schlug meine Frau als seine Nachfolgerin vor. Was wiederum als Provisorium gedacht war, entwickelte sich zum späteren Büro Ingrid Biedenkopf in der Schevenstraße. Zu Beginn konnte meine Frau mit der Hilfe zweier Mitarbeiter rechnen. Wenige Jahre später genehmigte der Landtag zwei weitere. Viele Eingaben beschäftigten uns beim Frühstück. Im Laufe der Zeit war ich deshalb besser über das Denken der Menschen im Land unterrichtet, über ihre Sorgen und Ängste, ihre Probleme und Schwierigkeiten, aber auch ihre Wünsche und Hoffnungen als mancher meiner Kollegen.

In Westdeutschland wäre Vergleichbares bereits an der Überzeugung gescheitert, ein Ministerpräsident dürfe nicht in dieser Weise mit seiner Frau zusammenarbeiten. Meine westdeutschen Mitarbeiter in der Staatskanzlei teilten zunächst die Überzeugung – bis die große Mehrheit der sächsischen Bevölkerung sich in einer Umfrage für das Büro aussprach. Noch heute, 13 Jahre

nach meiner Amtszeit, wünschen sich viele im Land wieder ein derartiges Büro – am besten als Provisorium. Denn die sind offenbar dauerhafter.

So unübersichtlich wie die Kreuzsee war auch unsere Agenda. Im Grunde kam alles auf uns zu, was durch die Wiedervereinigung an Aufgaben und Herausforderungen ausgelöst worden war. Alles war gleich wichtig und gleich drängend. In der Bevölkerung machte schon bald Nüchternheit und Verunsicherung der Euphorie der ersten Stunde Platz. Die Ostdeutschen hatten die Freiheit gewonnen. Aber wie geht man damit um? Sie hatten Rechtsstaatlichkeit erhalten statt Gerechtigkeit, wie eine verbreitete Formel es sah. Ihr Land war vergiftet durch vierzig Jahre Unfreiheit, Bespitzelung und die Allgegenwärtigkeit des Staatssicherheitsdienstes.

Die alte Ordnung der Arbeit brach zusammen; eine neue hatte sich noch nicht entwickelt. Arbeitslosigkeit war in der DDR praktisch unbekannt. Ob die Produkte ihrer Industrie außerhalb ihrer westlichen Grenzen wettbewerbsfähig waren, war kein relevantes Kriterium für Arbeitsplatzsicherheit. Nach der Wiedervereinigung der Wirtschaft wurde die geringe Produktivität der Unternehmen sichtbar. Wo die im Westen Deutschlands entwickelte Produktivität auf Unternehmen im Osten übertragen werden konnte, verringerte sich in der Regel die Beschäftigung im Verhältnis zehn zu eins. Schnell wachsende Arbeitslosigkeit war die Folge. Sie über einen längeren Zeitraum abzubauen, ohne dass die Betroffenen und ihre Familien resignierten und sich als Menschen zweiter Klasse oder als gescheitert erlebten, war wohl die schwierigste politische und gesellschaftliche Aufgabe der ersten Jahre.

Sie war ohne massive Hilfe aus dem Westen nicht zu bewältigen. Aber diese Erkenntnis war nicht überall anzutreffen. Zum einen wurden die Dimensionen der Aufgabe unterschätzt. Zum anderen waren ostdeutsche Facharbeiter im Westen vor allem dort willkommen, wo die zusätzliche Nachfrage einen zusätzlichen Bedarf an Fachkräften auslöste. Mit Sorge lasen wir die Anzeigen in den Zeitungen, mit denen westdeutsche Unternehmen Facharbeiter suchten und ihren Frauen ebenfalls eine Beschäftigung anboten. Denn jeder Facharbeiter, der half, westdeutsche Defizite auszugleichen, würde beim Aufbau im Osten fehlen.

Das musste auch bei der zukünftigen Lohnpolitik bedacht wer-

den, was wiederum die Gewerkschaften vor schwierige Entscheidungen stellte. Sie äußerten sich auch in den Auseinandersetzungen im Vorfeld der Tarifrunde 1992. Welche Löhne konnten die ostdeutschen Unternehmen zahlen, ohne ihren gerade begonnenen Neuanfang zu gefährden? Wie hoch wiederum mussten sie sein, um eine massive Abwanderung nach Westen zu verhindern? Und wie attraktiv mussten die gewerkschaftlichen Forderungen für ostdeutsche Arbeitnehmer sein, damit sie bereit waren, ihre aus der Zeit der DDR stammenden Vorbehalte gegenüber Gewerkschaften zu überwinden und Mitglied einer westdeutschen Gewerkschaft zu werden? Aber es ging auch um die Auswirkungen der geforderten Lohnerhöhungen auf die öffentlichen Haushalte, die konjunkturelle Entwicklung, die Geldentwertung oder die Attraktivität des Industriestandortes Deutschland.

Über all dies musste man entscheiden: ohne praktische Erfahrungen mit der Umwandlung einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft und ohne Kenntnis der sozialistischen Realität. Die standen westdeutschen Gewerkschaftsfunktionären – ebenso wie westdeutschen Unternehmern und Politikern – auch dann nicht zur Verfügung, wenn sie ihrer politischen Neigung folgend sozialistisch dachten.

Für die Ostdeutschen, die 40 Jahre ihrer aktiven Lebenszeit unter der Herrschaft einer zentralplanwirtschaftlichen Ordnung gelebt und gearbeitet hatten, war es schwierig, die Grundzüge der sozialen Marktwirtschaft zu verstehen. Sie konnten weder wirtschaftliche Freiheit praktizieren noch die Bedeutung der Institutionen kennenlernen, auf denen eine marktwirtschaftliche Ordnung aufbaut. Wozu braucht man Eigentum, was bedeutet Haftung, welche Funktionen erfüllt der Wettbewerb und allgemeiner: welche Rolle das Kapital? Manche dieser Fragen werden selbst von Politikern und Führungskräften der Wirtschaft in der alten Bundesrepublik nicht mit selbstverständlicher Sicherheit beantwortet. Und im Osten fehlte bei vielen das Grundvertrauen in die neue Ordnung. Die Zeit war zu kurz, als dass es sich schon hätte entwickeln können.

Frage man nach der Herausforderung, die während der ersten beiden Jahre gelebter Wiedervereinigung dominierend war, dann war es die Notwendigkeit, alle wesentlichen und in ihrer Wider-

sprüchlichkeit schwer fassbaren Probleme gleichzeitig aufzugreifen und zu bewältigen.

Zu ihnen gehörte als erstes die Arbeitslosigkeit, die im Gefolge der Neustrukturierung der Wirtschaft entstanden war. Sie verlangte nach Hilfe und Unterstützung der Betroffenen: durch Kurzarbeit, vorzeitige Verrentung, Umschulung oder Maßnahmen, die sie weiterhin am wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Leben teilhaben ließen.

Vergleichbares galt für den öffentlichen Dienst. Er war überdimensioniert und musste abgebaut werden. Zugleich musste das vorhandene politische und administrative Personal auf seine Fähigkeit und Eignung überprüft werden, von den Bürgern als vertrauenswürdig akzeptiert zu werden. Die damit verbundenen Anstrengungen reichten bis in die Zusammensetzung der Landtagsfraktion der CDU. Allgemein musste der Eindruck einer schematischen Auswahl ebenso vermieden werden wie eine Entscheidungspraxis, die der Angst vieler nicht genügend Rechnung trug, die alten Strukturen könnten auch in der neuen Ordnung ihren Einfluss behalten.

Eng damit verbunden war die Überleitung der gesetzlichen Rentenversicherung auf die neuen Verhältnisse. Dass sie im Großen und Ganzen gelungen ist, war eine besondere Solidarleistung der Sozialversicherung und ihre Unterstützung durch die Bundesregierung. Allerdings bedauern wir, dass es nicht gelang, die Chance der Einheit zu einer grundlegenden Reform der gesetzlichen Alterssicherung zu nutzen.

Parallel zur sozialpolitischen Dimension ging es um die Ansiedlung neuer Industrien, die Auswahl – zusammen mit der Treuhand – bestehender Unternehmen, die eine zukünftige Entwicklung versprochen, und die Aktivierung der enormen wissenschaftlichen und industriellen Potentiale, die Sachsen als Wiege der Industrialisierung in Deutschland trotz der sozialistischen Zeit nicht verloren hatte.

Zugleich musste die Basis für die neue politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung gelegt werden. Dazu gehörte die Privatisierung des volkseigenen Vermögens, der Aufbau der Rechtsordnung, einer funktions- und leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung, eines modernen Verkehrssystems, die

Erneuerung der Schulen und Universitäten, der sozialen und gesellschaftlichen Strukturen und schließlich die Ausarbeitung und Verabschiedung der neuen Verfassung des Freistaates Sachsen.

Von Anfang an ging es dabei auch um die Sicherung und weitere Entwicklung des kulturellen Lebens in Sachsen. Es verlor auch in der Zeit der Unfreiheit nicht seine Bedeutung für das Land. Nach der Wiedervereinigung gehörte die Kultur Sachsens, ihre fortdauernde Vitalität und ihre Identität spendende Bedeutung für den Freistaat zu den historischen wie politischen Kraftquellen des Landes. Für die Sachsen war ihre Gegenwart eine entscheidende Quelle der Kraft, die sie auch in den Zeiten des Umbruchs ihren Mut und ihren Stolz auf ihr Land nicht verlieren ließ.

Tagebuch

9. November 1990

In Berlin als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen zur Teilnahme an der ersten Sitzung des Bundesrates, an der alle 16 Bundesländer teilnehmen. Heute Abend vor einem Jahr öffnete sich die Mauer. Unvorstellbar, hätte man mir vor einem Jahr, als wir im Bundestag die Botschaft von der Öffnung der Mauer erhielten und das Lied der Deutschen sangen, gesagt, ich würde in genau einem Jahr in Berlin als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen an der Sitzung des Bundesrates teilnehmen. Gerade berichtet Seiters von diesem Augenblick im Bundestag, nachdem er für die Regierung eine Erklärung abgegeben hat. Kohl war damals in Warschau.

Ich kann die Veränderung, die sich auch mit mir vollzogen hat, immer noch nicht ganz erfassen. Was dieses Jahr an Veränderungen gebracht hat, an Öffnungen neuer Möglichkeiten, hat auch mein Bewusstsein verändert. Rita Süßmuth und ich sprachen heute Morgen darüber, als ich sie im Reichstag besuchte, um meine Verzichtserklärung auf das Bundestagsmandat abzugeben. Denn heute Morgen musste ich den Bundestag verlassen, um Mitglied des Bundesrates zu werden. Wieder das Datum 9. November. Die deutsche Geschichte hat es zu einem Schlüsseldatum gemacht: 9. November 1918 Ende des Kaiserreiches, 9. November 1923 Marsch Hitlers zur Feldherrnhalle, 9. November 1938 »Reichskristallnacht«, 9. November 1939 fehlgeschlagener Anschlag auf Hitler in München, 9. November 1989 Öffnung der Mauer und damit heute.

Mein Bewusstsein hat sich durch die Arbeit in Dresden verändert. Die Bonner sind weit weg. Ihre Diskussionen erscheinen mir unwirklich und zum Teil eher kleinkariert. In den letzten Wochen

hat offenbar eine Art Kampagne gegen mich stattgefunden wegen einiger Äußerungen zu Steuerfragen. Bötsch hat mich wohl erst gestern als Störfaktor der CDU bezeichnet. In der Fraktion müssen ähnliche Äußerungen erfolgt sein. Die Erregung ist wohl darauf zurückzuführen, dass alle um die Notwendigkeit der Steuererhöhung wissen, sich aber für den Wahlkampf auf eine Absage an Steuererhöhungen festgelegt haben. Kohl lässt die Möglichkeit einer Steuererhöhung offen, falls die Golfkrise sie erfordere, aber nicht für die Einheit. Das kann niemand mehr verstehen. Dabei wissen 80 Prozent der Bürger, dass Steuererhöhungen auf sie zukommen, und sie sind durchaus bereit, mehrheitlich die Regierung zu wählen: ein für Politiker idealer Sachverhalt. Aber wieder wird das Bonner System der Denkblockaden wirksam, das Denken durch Geschlossenheit ersetzt und diese Stadt so unerträglich spießig erscheinen lässt. Jedenfalls den Hauptstadtteil. Seitdem ich in Sachsen bin, habe ich mehr Verständnis für Berlin als Hauptstadt. Möglich, dass Berlin eine solche Verengung des politischen Horizonts als Mittel der Beherrschung politischer Prozesse erschwert oder unmöglich machen würde. Wäre dies so, dann spräche viel dafür, doch nach Berlin zu gehen.

Rita berichtet auch, Kohl habe den Bayern versprochen, sie werde keine wesentliche politische Position mehr erhalten. Eine solche Zusage wäre eine Ungeheuerlichkeit, entspräche aber genau dem alten Kohl. Wie gut, dass ich jetzt meine eigene politische Basis habe und auf Kohl nicht mehr angewiesen bin.

Diese Basis habe ich gestern weiter ausgebaut. Die Regierung wurde vereidigt und die Regierungserklärung abgegeben. Wir trafen uns zum ersten Mal im Kabinett zur Konstituierenden Sitzung. Die Mitglieder werden gut miteinander arbeiten. Das Klima ist freundschaftlich. Die Qualität des Kabinetts ist gut.

Die Regierungserklärung hatte Gehalt und wurde gut aufgenommen. Damit ist die erste Phase meiner neuen Aufgabe abgeschlossen. Die Wahl in Sachsen habe ich mit rund 54 Prozent gewonnen, bin mit 120 von 153 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt worden, habe eine brauchbare Regierung gebildet und eine ordentliche Regierungserklärung abgegeben. Nun sind alle Voraussetzungen für die Arbeit der kommenden Jahre gegeben.

Um die Verwirrung in der Steuerdiskussion nicht vollkommen werden zu lassen, präzisiere ich noch einmal meine seit Februar dieses Jahres vertretene Ansicht zu den Kosten der Einheit und ihrer Finanzierung:

1. Die Kosten, die den öffentlichen Haushalten aus dem Aufbau des Ostens Deutschlands entstehen werden, sind noch nicht übersehbar. Soweit sie geklärt sind, werden sie in den kommenden Jahren in etwa dem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes bei angemessenem Wirtschaftswachstum entsprechen. Dazu werden Kosten für die Bewältigung der Altlasten treten.

2. Der Aufwand des Jahres 1990 von rund 60 Milliarden DM ist durch Kredite finanziert worden. Für das Jahr 1991 wird mit 80 bis 100 Milliarden DM Aufwand zu rechnen sein. Ähnliches gilt für 1992. Der Gesamtbetrag kann nicht durch Kredite finanziert werden. Eine Kreditfinanzierung verbietet sich schon wegen der zinserhöhenden Wirkung einer solchen Kreditnachfrage. Sie würde die weniger leistungsfähigen Länder im Osten Deutschlands gleich zweifach treffen: zum Ersten durch Erhöhung der Kosten für die notwendige eigene Kreditfinanzierung; zum Zweiten durch Beeinträchtigung dringend notwendiger privater Investitionen.

3. Ein wesentlicher Teil des notwendigen Aufwands für den Aufbau der ostdeutschen Länder muss deshalb aus den laufenden Steuereinkommen finanziert werden. Vorrangiges Ziel muss es dabei sein, die notwendigen Mittel durch Einsparungen in den öffentlichen Haushalten bereitzustellen. Gelingt dies, erübrigen sich Steuererhöhungen zur Finanzierung der Einheitskosten.

4. Soweit die notwendigen Mittel nicht durch Einsparungen freigemacht werden können, die bisherigen Steuereinnahmen also nicht ausreichen, ist eine Erhöhung der Steuereinnahmen erforderlich. Über den Umfang lässt sich gegenwärtig keine Aussage machen. Welche Steuern erhöht werden müssten, sollte dann entschieden werden. In einem solchen Fall würde ich der Erhöhung indirekter Steuern den Vorzug geben. Auf eine Möglichkeit der Erhöhung der Mehrwertsteuer im Zuge der europäischen Steuerharmonisierung habe ich schon im Februar verwiesen. Auch die Mineralölsteuer kommt als Steuerquelle in Frage, vor allem dann, wenn die durch die Golfkrise hervorgerufenen Preiserhöhungen abklingen und damit ein entsprechender Spielraum entstehen sollte.

Allgemein erscheint mir die Feststellung notwendig, dass die Diskussion über die Kosten der Einheit und ihre fiskalische Bewältigung die historische Dimension des Vorgangs verfehlt. Am ersten Jahrestag der Öffnung der Mauer haben die ostdeutschen Länder zum ersten Mal an einer Sitzung des Bundesrates teilgenommen. Die deutsche Einheit ist vollendet. Die Aufgabe des Wiederaufbaus des östlichen Teils Deutschlands ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Die Herausforderungen, vor denen die Deutschen im Osten bei der Bewältigung dieser Aufgabe stehen, sind enorm. Es fällt ihnen deshalb schwer, die Diskussion über eine mögliche, in jedem Fall marginale Veränderung der Steuerlast zur Finanzierung eines Teils der Einheitskosten zu verstehen, die derzeit den Westen Deutschlands beschäftigt.

12. November 1990

Präsidium und Bundesvorstand in Bonn. Für die Beratungen habe ich mir einen Text zurechtgelegt: Um die schweren Nachteile auszugleichen, die der östliche Teil Deutschlands 45 Jahre erlitten hat, müssen alle Deutschen solidarisch zusammenstehen. Wenn das steile wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen West und Ost in einem überschaubaren Zeitraum abgebaut werden soll, müssen in den kommenden Jahren Mittel aufgebracht werden, die in etwa dem jährlichen Zuwachs der deutschen Volkswirtschaft entsprechen.

Mittel dieser Größenordnung aufzubringen erfordert von der öffentlichen Hand:

1. äußerste Sparsamkeit und erhebliche Umschichtungen innerhalb der Haushalte. Bedeutsame Schritte in diese Richtung sind in Aussicht genommen. Der eingeschlagene Weg muss konsequent mit dem Ziel weiterverfolgt werden, einen erheblichen Teil der für die neuen Bundesländer benötigten Mittel aus dem Bundeshaushalt sowie den Haushalten der alten Bundesländer freizusetzen.

2. Darüber hinaus kann die öffentliche Hand Mittel für die neuen Bundesländer auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Voraussetzung hierfür ist es allerdings, dass die durch die Verfassung gezogenen Grenzen nicht überschritten werden und das Zinsniveau in Deutschland nicht weiter erhöht wird.

Deutschland gehört heute zu den Ländern mit den weltweit höchsten Realzinsen. Dadurch werden nicht nur private Investoren behindert, wie die schleppenden Aktivitäten im Wohnungsbau zeigen. Behindert wird zunehmend auch die öffentliche Hand selbst. Ein immer größerer Teil der öffentlichen Haushalte muss für Zinszahlungen aufgewandt werden und steht damit anderen, insbesondere investiven Zwecken nicht mehr zur Verfügung. Die öffentliche Hand muss deshalb darauf hinwirken, dass durch ihre Politik ein baldiger Rückgang des Zinsniveaus eingeleitet wird. Das heißt praktisch: Die Möglichkeiten der öffentlichen Hand zur Aufnahme weiterer Kredite sind verhältnismäßig eng begrenzt.

3. Soweit durch Einsparungen und Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten sowie durch Kreditaufnahmen die öffentliche Hand in den beschriebenen Grenzen nicht die erforderlichen Mittel für den Abbau des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen West und Ost aufbringen kann, bleibt nur die Möglichkeit, die Steuereinnahmen entsprechend zu erhöhen. Dabei ist darauf zu achten, dass die konjunkturelle Entwicklung nicht beeinträchtigt wird. Ihre Beeinträchtigung wäre am ehesten im Falle einer Erhöhung der direkten Steuern zu erwarten. Falls sich Steuererhöhungen als unvermeidlich erweisen sollten, sollte deshalb in erster Linie eine Anhebung indirekter Steuern erwogen werden (Verbrauchssteuern wie Mineralölsteuer, gegebenenfalls die Mehrwertsteuer). Nur so ist gewährleistet, dass alle Deutschen entsprechend ihrer unterschiedlichen Nachfragekraft auf dem Markt am Aufbau der neuen Bundesländer beteiligt werden.

23. November 1990

Gespräch mit den Oberbürgermeistern zu ungeklärten Fragen der Finanzierung der Kommunen, zu Eigentumsfragen und ihrer Klärung und zur Rolle der Treuhand, insbesondere zur Rückerstattung des kommunalen Besitzes.

Görlitz: Belastung der Stadt mit Grenzverkehr wird unerträglich. Neuer Grenzübergang muss außerhalb der Stadt geschaffen werden. In der Verwaltung wachsen der Gehaltsdruck und damit die Abwerbung.

Zwickau: Soll Zwickau Mittelbehörde werden – ja oder nein? Unruhe in der Bevölkerung, Vollversammlung der Landräte dringend geboten. Informationen nicht aus dritter Hand. Sachsenringentscheidung, Nutzung des ehemaligen Militärgeländes. Wo werden welche Ämter untergebracht? Kommunen müssen es wissen.

Entflechtung des Handels: Die neue Ausschreibung soll angeblich meistbietend erfolgen, was alle heimischen Bieter ausschalten würde. Enorme politische Reaktion auf dieses Vorhaben.

Dresden: Stadthaushalt dringend erforderlich – Rekommunalisierung kommunaler Dienste: Wasser, Abwasser, Energie, etc.; Treuhandentscheidungen nicht mehr verständlich, wochenlange Arbeit obsolet; Liegenschaftsdienst bei der Kommune. Es fehlt allerdings an Räumen. Insgesamt Raumnot: vertreibt das Personal!

Gebraucht werden Entwürfe mit Sachverstand für Organisation der Stadt – Entlassung dreier Dezernenten.

Plauen: Stadt ist geschrumpft von 110 000 auf 74 000 Einwohner. Stadt liegt in Konkurrenz mit Hof. Sie hat einen übergroßen »Anzug«! Aber eine wachsende Stadt: 95 000 um 2000 wird geschätzt.

Stadt darf nicht weiterhin am Rande stehen. Mit Streibl über Stadtprobleme sprechen.

Politische Landschaft unruhig. Waigel schürt schon wieder die Unruhe durch Wahlkampf am 30. November (DSU – Deutsche Soziale Union – als Verlängerung der CSU in die neuen Bundesländer, insbesondere Sachsen).

Unterstützung bei der Unterbringung von Asylanten: gebraucht werden Gebäude, die frei sind (so die Offiziersschule).

Rückerstattungsantragsflut wird immer größer. Auftreten der Antragsteller immer aggressiver.

Treuhandmaßnahmen finden kein Verständnis mehr. Im Handel kann man kaum noch den Weihnachtsverkauf garantieren. Verkehrslage katastrophal. Straße und Schiene!

Stasi-Syndrom und alte Seilschaften machen Sorge. Wie kann man Situation beruhigen? Sorge auch vor Denunziation.

29. November 1990

Sitzung Aspen Institut in Berlin. Wir verabreden für den Vormittag eine generelle Diskussion über die außenpolitische Lage. Paul Doty berichtet über die Lage am Golf. Die ursprüngliche Unterstützung für die Bush-Politik im August und September beginne zu zerfallen. Die Belastungen für die USA in Geld und Menschen nehmen zu. Die Schulden seien ohnehin kaum noch zu verantworten. Viele Gründe sprächen für eine kriegerische Lösung. Denn jede Verhandlung mit Saddam Hussein verschiebe die Problemlösung. Die »Hands off«-Politik der Deutschen und der Europäer müsse besser erklärt werden. Wenn Saddam aus der Krise mit seinen militärischen Möglichkeiten in Takt komme, dann habe er in Zukunft eine größere Macht am Golf und könne über das Öl die Welt beeinflussen.

Marion Dönhoff beklagt die Konzeptionslosigkeit unserer Zeit. Es sei keine Zielvorstellung erkennbar. Wenn man Saddam Husseins militärisches Potential vernichten, aber gleichzeitig die Regeln beachten wolle, komme man in Schwierigkeiten.

In meinem Redebeitrag führe ich die Konzeptionslosigkeit auf die Tatsache zurück, dass unsere Art zu leben nicht universell anwendbar ist. Wir müssen uns als Minderheit definieren, die Anspruch auf Privilegien hat, oder unsere Paradigmen ändern. Denn die Welt ist eine Einheit geworden: Also muss auch die Ordnung eine einheitliche werden. Eine einheitliche Ordnung unter souveränen Staaten reicht nicht mehr. Denn durch die Interdependenz haben wir unsere nationale Souveränität relativiert. Die Ordnung muss deshalb mehr umfassen als nur eine Ordnung autonomer Staaten. Sie muss bestimmte Werte verwirklichen.

1. Dezember 1990

Treffen der Ministerpräsidenten in Potsdam. Die Ministerpräsidenten der fünf »neuen Länder« zusammen mit den beiden Berliner Bürgermeistern treffen sich im Cecilienhof. Wiederum ein historischer Vorgang: Am Ort der Potsdamer Konferenz treffen wir gut 45 Jahre später als frei gewählte Ministerpräsidenten des Teiles Deutschlands zusammen, der in Potsdam im Vollzug der Jalta-

Konferenz endgültig unter die Herrschaft Stalins geriet. Bei herrlichem Wetter – es ist klar und winterkalt – fliegen wir mit dem Bundesgrenzschutz von Dresden nach Potsdam, landen auf dem Sportplatz in der Nähe des Interhotels und fahren mit dem Wagen zum Cecilienhof. Eine große Zahl Fotografen und Fernsehkameras erwartet uns. Es gibt Gruppenaufnahmen mit und ohne Damen.

Die Sitzung selbst wird von Stolpe eröffnet und von Gomolka geleitet. Als Erstes befassen wir uns mit Medienfragen. Gestern gab es Aufregung bei uns, weil der Sendebeginn des ZDF am 2. Dezember Ostsachsen nicht erreichen würde. Die Görlitzer fühlten sich wieder am »Arsch der Welt«. Unsere Intervention – Weimann, Martens etc. – führte zu einer Zuschaltung einer ost-sächsischen Frequenz, mit der das ZDF nun auch dort empfangen werden kann.

Mühlfenzl berichtet über die Medienprobleme im bisherigen DDR-Gebiet. Es geht um Aufschaltung des ARD-Programms, die Veränderung eines Werbevertrages und die Behandlung des Personals beim DFF. Die Probleme, die bewältigt werden müssen, sind gewaltig. Deshalb kann die ARD erst am 15. Dezember aufgeschaltet werden.

Wir erörtern die Treuhandprobleme und kommen überein, im Verwaltungsrat die Probleme zu besprechen mit dem Ziel, entsprechende Beschlüsse zu fassen. In der Frage Überprüfung der politischen Vergangenheit stimmen wir in der Forderung nach rechtsstaatlichen Verfahren überein.

3. Dezember 1990

Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand nach der Bundestagswahl. Die Wahl hat die Koalition bestätigt. CDU 43,8 Prozent, FDP 11 Prozent. Ein Austausch innerhalb der Koalition zu Lasten der CDU, insgesamt eine Stärkung der Koalition. In Berlin hat Diepgen mit rund 9 Prozent Vorsprung gewonnen. Er wird der erste Regierende Bürgermeister des geeinten Berlins sein, und zwar mit einer großen Koalition. Wir haben in Sachsen das beste Landesergebnis erzielt: 49,5 Prozent. Damit liegen wir rund 5 Prozent vor dem nächstbesten Ergebnis.

Für die CSU ist die Wahl in mehrfacher Hinsicht ein Rückschlag. Sie hat im Verhältnis zur letzten Bundestagswahl 1987 3,2 Prozent verloren. Ihre Hoffnung auf die DSU ist bitter enttäuscht worden. Bundesweit hat die DSU 0,2 Prozent Stimmen auf sich vereinen können. Auch in Sachsen ist die DSU zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Zum Dritten ist die CDU allein stärkste Partei im Bundestag, stärker als die SPD. Und sie hat zusammen mit der FDP eine absolute Mehrheit. Die CDU ist zur Regierungsbildung nicht mehr auf die CSU angewiesen. Damit hat die CSU ihre Schlüsselfunktion im Bundestag verloren.

Wir haben in Sachsen mit 49,5 Prozent ein Ergebnis erreicht, das nur wenig hinter dem bayerischen Ergebnis zurückbleibt. Alle 21 Wahlkreise sind an die CDU gefallen. Die SPD hat 18,2 Prozent, die FDP 12,4 Prozent, die PDS 9 Prozent erreicht.

Die Grünen sind in weiten Teilen Deutschlands nicht in den Bundestag zurückgekehrt. Wenn die CDU sich der ökologisch-konservativen Wähler annimmt, dann kann sie die Grünen auch in Zukunft ausschließen. Die SPD ist in eine tiefe Krise geraten. Sie muss sich ebenso wie die Gewerkschaften neu orientieren. Sie muss die Veränderungen der Gesellschaft nachvollziehen. Aber sie wird nicht aufgeben, sondern in den kommenden Landtagswahlen erneut kämpfen. Sie muss aus ihrem Ein-Drittel-Turm wieder ausbrechen, und dies kann sie nur von der kommunalen und der Länderbasis her. Im Osten zeigt das Ergebnis in Brandenburg, dass die CDU die Landtagswahl auch dort hätte gewinnen können, wenn Lothar de Maizière kandidiert hätte.

Bergsdorf gibt Wahlanalyse: Geringste Wahlbeteiligung seit 1949. Im Westen wie 1949, im Osten noch geringer. Auswirkungen der geringen Wahlbeteiligung im Westen auf CDU negativ. FDP profitiert von niedriger Wahlbeteiligung. Union hat Vorsprung zur SPD ausgebaut. CDU hat zum ersten Mal seit 1957 SPD überrundet (1983 Gleichstand). CDU hat Erststimmenüberhang, ebenso SPD. Entspricht in etwa dem Zweitstimmenvorsprung der FDP.

Die FDP hat ihr bestes Wahlergebnis seit 1961. Die Grünen haben 4,7 Prozent im Westen, 6,9 Prozent im Osten. Sie sind damit nur noch über den Osten im Bundestag vertreten. Die abschließende Diskussion liefert nur wenige zusätzliche Erkennt-

nisse. Die Wahl sei Ausdruck großer Erwartungen; SPD-Problem solle man nicht ansprechen, das mache die SPD selbst; Probleme, die uns in Zukunft beschäftigen werden, werden ganz andere sein; Problem der Wohlstandsgrenze muss gesehen werden. Abbau wird Jahrzehnte dauern. Den größten Erststimmenvorsprung hätten Schäuble und Seitzers.

Späth: Wir können uns leisten, Atem zu holen, aber müssen uns auch auf neue Aufgaben vorbereiten. Bestätigt sind Kohl und die Außenpolitik. Zudem Erwartungsdruck für die Zukunft. Opferbereitschaft allgemein vorhanden, aber nicht konkret. Konkret soll alles bleiben, wie es ist. Erwartung der neuen Länder – Erhaltungswunsch in den alten Ländern. Erwartungen auch aus dem Osten. Dort bestehe eine Drohung: »Geld oder Völkerwanderung«. Wir verbrauchen die Ergebnisse unserer Konjunktur. Wir haben ein enormes binnenwirtschaftliches Konjunkturprogramm. Wir haben Japan in der Binnenkonjunktur überholt. Alle westlichen Volkswirtschaften erwarten von uns Belegungen. Wir brauchen unsere Kräfte aber für unsere innere Belegung im Osten.

Gies, Ministerpräsident, betont Notwendigkeit, neue Länder an alte heranzuführen. Weist auf Unterstützung Brandenburgs durch Nordrhein-Westfalen hin. Fordert die CDU-Länder auf, ähnliche Unterstützungen zu gewähren. Das gelte auch für Probleme innerhalb der Partei, vor allem in Halle. Meyer, der neben mir sitzt, hält Gies für eine Katastrophe. Man müsse das Land auflösen. Ich sage ihm, dass man darüber nicht reden, sondern Fakten schaffen solle.

Die Diskussion läuft in gewohnten Bahnen weiter. Töpfer betont die Bedeutung der Umweltpolitik, der Vorsitzende der Jungen Union (JU) zuvor die Bedeutung der Jugend im Bundestag.

Geißler: CDU/CSU und FDP haben den Kanzler gewählt. Die Parteipräferenzen dagegen haben sich verändert. Vor allem geringere Wahlbeteiligung. Einmal Normalisierung der Demokratie, zum anderen Entwicklung wie in anderen Demokratien.

Wahlverhalten aber auch immer individualistischer und problemorientierter. Deshalb kein Rückschluss aus Bundestagswahlen auf Landtagswahlergebnisse. Die können sich schnell unter dem Eindruck von Personen und regionalen Ereignissen verändern. Der Koalition habe man eher vertraut, mit den Problemen fertig zu werden, als der SPD. Deshalb habe man Bedarf an inhaltlicher

Diskussion der weiteren Politik. Ob der Bundesvorstand über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen noch beraten könne?

Kohl sagt eine ausführliche Beratung der Verhandlungsergebnisse im Bundesvorstand zu. Macht Ausführungen zu den großen Schwierigkeiten der Partei bei Landtagswahlen.

Heiner Geißler weist auf die Bedeutung Genschers für den FDP-Erfolg in der alten DDR hin. Unser Ergebnis sei auf wirtschaftliche und soziale Kompetenzen zurückzuführen. Wie sollen wir zu dem Argument Stellung nehmen, unser Versprechen, niemandem solle es schlechter gehen, sei nicht einzuhalten? Unterstreicht die Notwendigkeit eines Regionalprogramms mit Polen. Die politische Altlast werde im Westen nicht ausreichend ernst genommen. Produktion von Waren im Westen und Verbrauch im Osten muss abgelöst werden durch Investitionen im Osten. Menschen im Osten seien zum Konsumverzicht bereit, wenn investiert werde.

Böck (CDU-Vorsitzender Thüringen) behandelt die Probleme der Parteiorganisation in Thüringen. Reichenbach (CDU Sachsen) weist auf die Bedeutung der Exporte in die Sowjetunion hin. Wenn der Export insgesamt entfalle, dann würden rund 2 Millionen Menschen in der ehemaligen DDR zusätzlich arbeitslos. Außerdem müsse man die Kurzarbeit neuen Zwecken zuführen.

17. Dezember 1990

Bundesvorstand in Bonn. Kohl beginnt die Sitzung mit der Mitteilung des letzten Umfrageergebnisses. Danach hat die CDU 47 Prozent, die FDP 12 Prozent und die SPD 32 Prozent. Die PDS hat im Osten 9 Prozent. Die SPD habe eine Diskussion über die Bundespräsidentenwahl begonnen. Die Aussichten der SPD, eine Mehrheit zu entwickeln, seien außerordentlich gering. Die Koalition hat rund 60 Prozent der Stimmen im Bundestag.

Zur Koalition: Die bisherigen Verhandlungen hätten noch zu keinerlei Entscheidung geführt. Man habe alle Themen angesprochen, aber noch keine Ergebnisse erzielt. Jetzt werde eine Pause eingelegt. Auch er wolle eine Pause machen.

Der EG-Gipfel in Rom habe zur Einsetzung zweier Regierungskonferenzen geführt: politische Union und Währungsunion. Das

Zusammentreffen von deutscher Einheit und europäischer Einheit sei die Erfüllung des Traums der Gründer der Europäischen Gemeinschaft.

Im europäischen Bereich baue sich die Spannung ab, die von Thatcher ausgegangen sei. Mit Major könne man besser auskommen. Großbritannien suche seinen Platz in Europa nicht am Rande, sondern in der Mitte Europas. Die wirtschaftliche Entwicklung werde von allen Partnern eher zurückhaltend bewertet. Die Einzige, die eine Chance hätte, durch Wirtschaftswachstum über eine Rezession zu kommen, sei die Bundesrepublik. Die alte Bundesrepublik ziehe aus der Einheit einen beachtlichen Gewinn. Auch die Europäische Gemeinschaft ziehe mit einer Belebung des Wachstums um 0,5 Prozent aus der deutschen Einheit einen Vorteil. Saudi-Arabien habe Interesse an Investitionen in Deutschland.

Es werden Berichte aus den verschiedenen Bereichen vorgetragen. Töpfer: Umweltverhandlungen, drei Ebenen für die Umweltpolitik. 1. Umweltprobleme in hochentwickelten Industriegesellschaften; 2. Umwelthypothesen der sozialistischen Ordnungen; 3. internationale und globale Fragen. Zu 1: Kreislauf zwischen Produktion und Entsorgung schließen. Pfand und Rücknahmeverpflichtungen = privatisierte Entsorgung. Grüne-Punkt-Aktion der Wirtschaft = Verzahnung von Marktwirtschaft und Ordnungsrecht. Schließen der Kreisläufe bedeutet intelligente Lösungswege.

Teilbereich Natur: Räumliche Nutzung auf neue Grundlage stellen. Die bisherigen Konzepte zu defensiv. Gestalten muss im Vordergrund stehen. Verzahnung mit Landwirtschaft; Produktion von Natur muss auch eine Einkommensquelle werden. Daneben stillgelegte Flächen. Lebensmittelproduktion und extensive Landwirtschaft. Ökologische Durchdringung der bestehenden Gemeinschaftsaufgabe! Zusätzliche Bundesausgaben kaum möglich. Dagegen Ausbau der Ausgleichszahlungen durch alle, die aus wirtschaftlichen Gründen in die Natur eingreifen.

Teilbereich Verkehr: Bei gleicher Dichte rund 40 Millionen PKW in Deutschland. Dazu wichtigstes europäisches Transitland. Verkehrsaufkommen verhindert die Einhaltung der Stickoxid- und NOx-Zusagen in internationalen Verträgen. Deshalb emissionsabhängige Kfz-Steuer, Grenzfestlegungen für LKW-Transporte, Wasserstoffenergie für Antrieb Elektroautos. Argumentieren mit

intelligenter Steuerung der Verkehrsflüsse, Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht generell, sondern intelligent.

Teilbereich Energie: Aufnahme der ökologischen Dimension in das Energiewirtschaftsgesetz. Auch das Atomrecht muss ergänzt werden. Keine gesetzliche Förderung mehr und Neuordnung der Entsorgung. Entwicklung neuer Reaktortypen; Schicksal des neuen Brüters muss eben durch den Wissenschaftsminister entschieden werden. Nukleare Energie in den ostdeutschen Ländern?

Teilbereich Altlastsanierung in den neuen Bundesländern: Alt-sanierung muss in der gesamten Breite in diesen Ländern »ausgestellt« werden. Offensiv das Thema aufnehmen. Sanierung der Altlasten als nationale Aufgabe. Signal nicht nur staatlich, sondern zusammen mit der Wirtschaft – duales System wie bei der Verpackungsfrage. Nationale Solidarität – aktive Altlastsanierung. Nicht durch Fonds finanzieren, sondern projektbezogen.

Kohl unterstreicht die politische Bedeutung des konzeptionellen Teils des Berichtes. Die Wähler hätten Grüne aus dem Bundestag herausgewählt. Wir hätten die Chance zu zeigen, dass die Union die ökologische Dimension vertreten könne. Die Mehrheitsfähigkeit der Partei hänge davon ab.

Ökologische Fragen würden vor allem von Wertkonservativen vertreten. Dieses seien zum Teil hervorragende Leute. Man müsse sie gewinnen.

Zur Kernkraft gebe es eine gemeinsame Erklärung, dass wir für eine absehbare Zeit auf Kernkraft angewiesen seien.

Blüm – zwei Dimensionen:

1. Abbau des Ost-West-Gefälles in den sozialen Systemen, Renten- und Hinterbliebenenrecht. Zusatzversorgungssysteme in Alterssicherungssystem integrieren. Im Arbeitsrecht Unterschiede zwischen Arbeiter und Angestellten im Kündigungsschutz beseitigen. Im Rentensystem das erhalten, was wir aufgebaut haben. Konsens im Rentenbereich, Rentenangst vermeiden.

2. Neue soziale Herausforderungen bestehen. Größe der Herausforderungen: Pflegeversicherung, demografische Entwicklung macht das Thema dringend. 2,5 Millionen Pflegebedürftige derzeit. Ab Januar Einstieg durch Pflegegeld. Pflege bisher den Frauen zu Hause und den Heimen der Sozialhilfe überlassen. Welche Rechtstellung für die, die pflegen: Alterssicherung für Pflege-

kräfte? 70 bis 80 Prozent der Pflegefälle werden durch die Sozialhilfe finanziert. Zwei Gruppen sind zu unterscheiden: Rentner, die mit ihrem Lebensstandard gleichwohl bei der Sozialhilfe landen, und alle anderen, die von vornherein bei der Sozialhilfe landen mit wenigen Ausnahmen. Dabei vielfach Verlust des Gesparten an die Sozialhilfe.

Lösungen: Sozialhilfe keine Antwort auf das Problem; Leistungsgesetz: scheidet aus, da nicht mehrheitsfähig; freiwillige Vorsorge mit steuerlicher Unterstützung: löst gegenwärtige Probleme nicht; auch die Pflege durch die Kinder scheidet aus. Alle, die ausscheiden, werden von Blüm aufgezählt, vor allem auch die Bürger der neuen Bundesländer.

Pflichtversicherung mit rund 20 Milliarden DM Beitragsaufkommen: eigenständige Finanzierung aber unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung (Letzteres wegen der Notwendigkeit der Abgrenzung von Krankheit und Pflege). Dabei auch mit den Krankenhäusern Diskussion aufnehmen: Erhaltung der Krankenhäuser durch Pflege? Verbindung Pflege und Prophylaxe.

Wissmann trägt vor zur Verkehrssituation:

1. Ausnahmegesetz zur Beschleunigung der Verfahren zur Genehmigung von Infrastrukturmaßnahmen. Zunächst für die neuen Bundesländer, noch nicht generell.

2. Energiepolitik: Hier neben der Kernenergie Gewicht auch auf erneuerbare Energiequellen vor allen Dingen durch Sonderabschreibungen. Wie gehen wir mit der Kohlesubvention um? Hat Bergbau Empfehlungen der Mikat-Kommission umgesetzt? Wie viel Kohle will die Stromwirtschaft abnehmen? Dabei ist Wissmann wieder bei der Vorgabe von Förderungsmengen. Welche Bedeutung, so will Töpfer wissen, soll dabei die Braunkohle haben? Die Frage kann Wissmann nicht beantworten.

3. Ordnungspolitik: Wir müssten eine weitere Privatisierung unternehmen. Dazu gehört nach Kohl auch die Lufthansa. Die Regulierung müsse sinnvoll umgesetzt werden. Ladenschluss zum Beispiel sei noch mit der FDP streitig. Zum Thema Bankenmacht solle man keine neuen Fronten aufmachen. Auflockerung des Vermittlungsmonopols wird in Koalitionsrunde angestrebt.

Zur Innenpolitik wird berichtet, dass sich auch unter den SPD-Ländern Bewegung zeigt bei der verfassungsrechtlichen Neuord-

nung des Asylrechts. Entscheidungen müssen getroffen werden, wie in Zukunft unter Sicherheitsgesichtspunkten die PDS behandelt werden soll. Differenzen zwischen den Ost- und den Westländern seien größer als bisher vermutet. Man setze im Westen die Existenz von Behörden und Verwaltungen voraus, die noch nicht existieren oder aufgebaut werden müssen.

Ich beantrage die Einsetzung einer Parteikommission: Entwicklung des Einigungsvertrages und die alsbaldige Einbeziehung der Ostländer in die Koalitionsvereinbarungen. Beispiel: Steuerentwicklung in Ost und West, Belastung durch Einigungsvertrag ohne Ersatz der Kosten etc., Protest gegen Behandlung als Niedrigsteuerland ohne Mitwirkung der Ostländer.

Späth hält Familienpolitik für wichtig. Sieht Notwendigkeit, darüber zu sprechen. Will aber auch auf Karlsruhe warten – das Gericht will im Frühjahr auf die Bayernklage antworten. Er sieht eine Gefahr, wenn wir Pflegefragen zu Familienfragen erklären und die Antwort auf die Pflegefrage eine kollektive Antwort ist. Man muss die jetzige Generation zur Vorsorge veranlassen und dürfe das Risiko nicht durch Umlageverfahren bewältigen. Vielmehr Kombination aus Fürsorge durch Umlage und Vorsorge durch Versicherung.

Unsere Wirtschaft hat zurzeit eine Binnenkonjunktur durch Kreditschöpfung wie noch nie. In der Steuerschätzung werde man bereits erkennen können, dass unsere Konjunktur vor allem aus der Binnenwirtschaft gespeist wird. Investitionszulagen oder Abschreibungen würden sich im Westen als Ertragssteuerminderung niederschlagen. Deshalb müsse man schnell miteinander reden. Alles, was wir heute verhandeln, kann erst 1992 wirksam werden. Für 1991 müsse man kurzfristige Lösungen finden. Sieht Konflikt bereits für das Treffen der Ministerpräsidenten am 20./21. Dezember 1990 in München voraus.

18. Dezember 1990

Stichworte für die Neujahrsansprache 1990/91: Das Jahr, das heute zu Ende geht, war ein historisches Jahr. Es war ein Jahr des Umbruchs. Altes überwunden, Neues begonnen. Anfänge reichen zurück zum 8. Oktober 1990 in Dresden und 9. Oktober 1990 in

Leipzig, zum 9. November in Berlin, zum 19. Dezember in Dresden, als Kohl vor der Ruine der Frauenkirche sprach. Das Tor zur deutschen Einheit öffnete sich. Einheit Deutschlands wurde Wirklichkeit. Die Spaltung Europas, der Kalte Krieg wurde überwunden. Es war das erste Jahr freier Wahlen seit 1932: für die Volkskammer, auf der kommunalen Ebene, für die Landtage und für den Bundestag. Wir haben wieder einen Freistaat Sachsen, einen Landtag und eine Regierung.

Das Jahr hat Umwälzungen für jeden von uns gebracht / Abbau des Alten – der Unrechtsherrschaft, der alten Ordnung, aber auch Verlust von Erfahrungen.

Aufbau des Neuen / Erwerb von Erfahrungen / Notwendigkeit zu lernen – aber auch Chancen zu gestalten.

Das unser besonderer Beitrag; sicher: viel übernehmen aus dem Westen, aber: in Deutschland gehen beide aufeinander zu – West und Ost; innere Erneuerung des Ganzen.

Unser Motto: Wir wollen neu ordnen, nicht nur uns einordnen!

Altes bricht schneller zusammen, als Neues entsteht. Darum sind viele betroffen durch Arbeitslosigkeit, durch Mangel an Erfahrung, durch Mangel an sozialer Sicherheit.

Aber vor allem: Niemand ist überflüssig, weil Arbeitsplatz überflüssig. Alle werden gebraucht werden. Für die Überwindung der alten Ordnung im Betrieb, in der Verwaltung, in den Universitäten, im allgemeinen Leben.

Zum Teil harte Eingriffe: so bei Universitäten, aber zum Wohl der Studenten / mit Frühjahrssemester / Studium, das neues Wissen bringt.

Harte Eingriffe auch in der Wirtschaft: Abbau unproduktiver Arbeit, Neuordnung, viele Probleme: Wir müssen sie überwinden! Harte Eingriffe auch in der Verwaltung / Betriebsverwaltung.

Entscheidungen tun weh – auch mir, sie fallen mir nicht leicht. Sie mussten sein – Erkrankungen und Fehlentwicklungen mussten überwunden werden. Kostet viel Kraft – eigentlicher Beitrag / enorme Leistung von allen / dankbar dafür.

Überwindung der Vergangenheit / Gewinnen der Zukunft / bei den ist das neue Jahr gewidmet / das Neue wächst überall / Aufbau Regierung und Verwaltung / Aufbau Rechtsstaat / Erneuerung der Wirtschaft / Infrastruktur, Straßen, Energie, Telefon.

Investitionen – große und kleine / Geduld mit den Problemen / wir werden sie überwinden / Städte werden bauen / Gemeinden gewinnen ihre Handlungsfähigkeit und Selbstständigkeit. All das sind die Aufgaben für 1991.

Die Aufgaben sind gesamtdeutsche Aufgaben. Das müssen wir klarmachen: den Bundestagsabgeordneten, aber auch allen Deutschen.

So wird neues Jahr ein Jahr der inneren Einheit / gesamtdeutsche Solidarität / Jahr gesamtdeutscher Bewährung.

Wir werden dazu Beitrag leisten. Wir werden uns unterstützen und helfen / Gemeinsamkeit der Wende soll nicht verloren gehen / Sachsen wird Beitrag leisten / starkes Stück Deutschland / zu dieser Aufgabe wünsche ich uns allen Kraft, Gesundheit und Erfolg zum Wohl der Bürger / zum Wohl des Landes. So lassen Sie uns das neue Jahr mit Zuversicht begrüßen mit dem Gruß des Bergmanns: Glückauf!

19. Dezember 1990

Sitzung des Landtags. Wir beraten den Vorschalthaushalt, den Georg Milbradt mit wenigen Mitarbeitern in bewundernswerter Geschwindigkeit aufgestellt hat. Ohne dass wir bereits Mittel für politisches Handeln hätten vorsehen können, müssen wir bereits rund 5 Milliarden DM durch Kredite finanzieren. Die Steuereinnahmen bleiben weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück – sie entwickeln sich im Verhältnis zu den alten Bundesländern unbefriedigender als angenommen. Damit werden sie nicht den Rückgang der Zuweisungen aus dem Fonds »Deutsche Einheit« ausgleichen können. Als Folge gehen die Gesamteinnahmen in den kommenden Jahren zurück, während sie in den Altbundesländern nachhaltig steigen werden. So jedenfalls die Steuerschätzungen.

Waigel habe ich deshalb heute geschrieben. Wir müssen eine Bestandsaufnahme der Folgen des Einigungsvertrages vornehmen und mit Bund und Ländern über eine Revision verhandeln. Die Ministerpräsidentenkonferenz in München wird dazu eine erste Gelegenheit bieten. Gelingt es uns nicht, die Verteilung der Lasten und Vorteile zwischen der alten Bundesrepublik und den neuen Ländern zu verändern, dann wird sich der Einigungsvertrag zu-

nehmend zu einem Knebelvertrag entwickeln. Die Menschen hier wären dann besser dran gewesen, wenn die alte DDR ohne den Einigungsvertrag beigetreten wäre.

9. Januar 1991

Sitzung der Ministerpräsidenten in Bonn. Die Diskussion wird über zwei verschiedene Punkte geführt. 1. Wie hoch werden die Lasten der deutschen Einheit sein und wie sollen sie finanziert werden? 2. Wie sollen die Lasten zwischen Bund und Ländern verteilt werden?

Zu Punkt 1 allgemeine Zustimmung zur Existenz des Problems und der prinzipiellen Notwendigkeit, das Problem zu lösen. Zu Punkt 2 keine Möglichkeit der Einigung. Aber für die Ostländer kaum eine Möglichkeit, konstruktiv an der Lösung teilzunehmen, denn sie können keine eigenen Beiträge leisten.

Grundsätzliche Frage: Die Bundesrepublik Deutschland (Bund und Länder) muss das Problem lösen. Dazu kommen noch Konflikte zwischen ärmeren und reicheren Ländern. Die ärmeren Länder wehren sich gegen Veränderungen des Ausgleichs unter den Ländern insgesamt.

Unsere Lage ist noch immer die des Einigungsvertrages: Bund und Länder auf der einen und alte DDR, vertreten durch ihre Länder, auf der anderen Seite. Beim Einigungsvertrag war Verteilung innerhalb des Bundes vor der Klammer. Nach dem 3. Oktober war die Klammer aufgelöst, und die Länder im Osten waren plötzlich in der Doppelrolle der Partner des Einigungsvertrages und der Bundesländer, die mit dem Bund streiten.

Der Bund weiß nicht, welche Maßnahmen er ergreifen soll. Er kann sich nicht bewegen, denn er hat sich mit einem Wald von Tabus umstellt, der ihm das vernünftige politische Handeln unmöglich macht. Die Länder haben ihre einheitsinduzierten Nebeneinnahmen bereits ausgegeben, müssen also weitere Leistungen durch Kredit finanzieren.

Voscherau weist auf folgende Probleme hin: 1. Mauern bis zur Hessen-Wahl; 2. wirtschaftliche Einflüsse, die vom Golf ausgehen; 3. Inhalt der Koalitionsaussage noch unbekannt: deshalb auch Leistungen unbekannt.

Ich weise in meinem Votum auf die politischen Dimensionen der Diskussion hin. Zwei Beispiele: Die Regelung zur Mehrwertsteuer, 55 Prozent pro Kopf für die ostdeutschen Länder, führt zu einer Diskriminierung der Ost- gegenüber den Westdeutschen. Die Deutschen im Westen sollten jedoch nicht riskieren, die Deutschen im Osten zu 55-Prozent-Deutschen zu reduzieren. Die ostdeutschen Länder sind praktisch enteignet. Sie haben praktisch kein Fiskalvermögen. Sachsen bezahlt rund 5000 Forstbeamte für Wälder, die dem Land nicht mehr gehören.

Wenn wir nicht aufpassen, werden die Qualifizierten weiter aus dem Osten nach dem Westen abwandern. Ein Teufelskreis kann entstehen. Die Produktion im Westen boomt. Man braucht Arbeitskräfte, die aus dem Osten kommen. Das schwächt die Möglichkeiten, im Osten aufzubauen. Das wiederum führt zu weiteren Konzentrationen der Arbeit und der Produktion im Westen. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet im Jahre 1991 mit rund 1,5 bis 1,7 Millionen Arbeitskräften aus dem Osten im Westen. Das käme etwa 20 Prozent der Erwerbstätigen zum Zeitpunkt der Wende gleich. Nach Angaben Frankes gibt es derzeit rund 1,8 Millionen Kurzarbeiter im Osten und 642 200 Arbeitslose. Dagegen sind im Westen eine Dreiviertelmillion neue Arbeitsplätze entstanden. Ein wesentlicher Teil der Arbeitnehmer stammt aus dem Osten, denn die Zahl der Arbeitslosen im Westen hat sich nicht wesentlich verändert.

Die Diskussion leidet darunter, dass wir keinen von allen anerkannten Status der finanziellen Bedürfnisse der Ostländer vorgelegt haben. Die Finanzminister haben sich vor allem über die Verteilung der Lasten unterhalten, die sie zu übernehmen bereit sind. So kann Wagner erklären, er könne sich nicht auf umfassende Vereinbarungen einlassen, denn er habe keine Klarheit über die tatsächlichen Bedürfnisse.

Wenn wir einen Status aufstellen, müssen wir auch die Mehreinnahmen der Länder – aus Umsatzsteuer, an Zuwendungen etc. –, die Zuwächse des Bruttosozialproduktes im Westen, die Verteilung dieser Zuwächse durch Länderhaushalte und Tarifverträge mit aufnehmen.

Nach dem Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten treffen wir uns beim Bundeskanzler im internationalen Sitzungssaal des

Bundeskanzleramtes. Den Ministerpräsidenten ist die Verständigung der Länder auf ein einheitliches Vorgehen nicht gelungen. Man wird deshalb die beiden Alternativen: Aufstockung des Fonds »Deutsche Einheit« oder Veränderung der Mehrwertsteuerregelung von der derzeitigen Anpassung um 5 Prozent pro Jahr auf 85 Prozent in 1991, 90 Prozent 1992 und 100 Prozent 1993, in die Gespräche einbeziehen müssen. Einig ist man sich nur über die Notwendigkeit weiterer Leistungen an die neuen Länder und die Notwendigkeit weiterer Verhandlungen.

Waigel berichtet über den Stand der Koalitionsgespräche. Vorabstimmung mit allen Ministerpräsidenten sei nicht möglich. Vermögenssteuer und Gewerbesteuer soll in den neuen Bundesländern nicht erhoben werden wegen der Schwierigkeiten der Einheitswertermittlung. Später auch Verzicht in den Altbundesländern, allerdings mit Kompensation durch geringere Abschreibungen und höhere Anteile der Kommunen an der Einkommensteuer.

Späth rekapituliert noch einmal die Entstehung der gegenseitigen Regelung. Länder: Fonds »Deutsche Einheit« / Bund trägt alle weiteren Kosten. Die Wirklichkeit hat Ausnahmen überholt. Er beschreibt die beiden Linien der Problemlösung: Aufstockung des Fonds durch weitere Kreditaufnahme, bedeutet weitere Schulden. Bundesbank wird nicht mitmachen. Konjunkturelle Bedingungen können sich ändern. Andererseits Veränderung der Regelung der Mehrwertsteuerverteilung. Wegen hoher Steuereinnahmen jetzt eigentlich Bewegungsspielraum; aber dennoch keine Bewegung.

Waigel lehnt Aufstockung des Fonds auf Kreditbasis ab. Noch stärkere Inanspruchnahme der Kapitalmärkte nicht vertretbar, auch international. Wachstum aus deutscher Einheit komme westdeutschen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zugute. Das müsste als Solidaritätsleistung eingebracht werden. Man sei darauf angewiesen gewesen, ein Instrument wie den Fonds zu entwickeln. Aber keine weiteren Dotationen durch den Bund. Bund gibt 1991 rund 75 Milliarden DM für Einheitskosten aus. Kritik der Bundesbank muss beachtet werden.

Ausgabenbedarf 105 Milliarden DM. Darin enthalten Sozialkosten, Verwaltungen, Abwicklungen, Wismut AG, stationierte sowjetische Truppen. Teilausgleich durch Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung, die den Bund entlastet. Echte Zusatz-

belastung des Bundes immer noch 92 Milliarden DM. Durch Umschichtung können 15 Milliarden DM freigemacht werden. 65 Milliarden DM müssen durch Kredit finanziert werden = 73 Prozent.

Verbesserung des Anteils an der Mehrwertsteuer ist systemgerechter und kommt dem Grundgesetz näher. Abbau der Subventionen von über 30 Milliarden DM muss eingelöst werden. Finanzierung kann nicht Sache des Bundes sein. Aber sozialverträglicher Abbau. Bei Wohnungsbau soll ein Moratorium vorgesehen werden. Einigungsbedingte Belastung des Bundes (74 Milliarden DM) wird zu einer Gesamtbelastung von rund 360 Milliarden DM bis 1994 führen.

Nach Steuerschätzungen werden alte Bundesländer 1990 plus 5,5 Milliarden DM und 1991 plus 9,4 Milliarden DM erzielen. Der Bund hat rund 30 Milliarden DM mehr.

Kohl: Sinn der Zusammenkunft. Möglichst bald mit allen Ländern. Auch an weltpolitische Situation denken. Kreditaufnahme darf nicht über 70 Milliarden DM gehen. Deshalb Einnahmeverbesserung notwendig. Auch aus internationalen Gründen. Jetzt zunehmend auch Rezession, zum Beispiel in den USA. Dort auch Bankenkrise und Budgetprobleme. Dazu die Kosten des Golfkrieges.

Deshalb Frage nach der Beteiligung der reichen Bundesrepublik. In der Europäischen Gemeinschaft wirkt der Prozess der deutschen Einheit als Konjunkturmotor. Wachstum für die Europäische Gemeinschaft 0,5 Prozent. Auch im Golfkonflikt internationales Finanzrisiko. Wenn Krieg, dann kann man Schlacht gewinnen. Aber fraglich, ob man den Krieg gewinnen kann.

In jedem Fall ändert die Entwicklung den Nahen Osten. Saudi-Arabien nach dem Abzug der US-Truppen nicht mehr das Saudi-Arabien vor dem Krieg. Jordanische Wirtschaft liegt am Boden. Israel braucht Hilfe. Die Türkei ebenfalls.

Dazu kommt Entwicklung in der Sowjetunion und in den anderen östlichen Staaten. Auch hier finanzielle Anforderungen. So Frage, ob Zeithorizont beim Abzug der sowjetischen Truppen im Interesse beider Länder haltbar ist. Schwierige Entwicklung auch in der ČSFR. In all diesen Sichtweisen erscheinen die Deutschen als eines der reichsten Länder der Erde.

Ich betone die enormen Leistungen der Menschen im Osten und fordere ihre Berücksichtigung. Knüpfe an die Bemerkungen von Kohl an, dass die Dimension des Problems schnell zu Zwängen führen werde.

Schröder antwortet mit dem Hinweis auf die Legitimationsprobleme, denen er gegenüberstehe, wenn er Einsparungen seinen Bürgern erklären müsse. Im Übrigen schlägt er vor, dass man auch über eine Verstärkung der Einnahmenseite sprechen könnte.

Kohl fasst zusammen: 1. Finanzminister sollen Sitzung am 28. Februar vorbereiten. Weitere Schritte sollen angestrebt werden. Hinweis auf Befindlichkeit der Menschen im Osten muss ernst genommen werden. 2. Zusätzliche Gespräche vor den Sitzungen des Bundesrates vorsehen. 3. Zu Stolpe und mir: Er empfände seine Situation so, dass auch er einen Beitrag zu leisten habe, dass die Menschen aufeinander zugehen. Noch eine weite Wegstrecke müsse gegangen werden – was ihm auch wieder deutlich geworden wäre. Gelte auch für den Beamtenbund. Säkulares sei in Deutschland und Europa geschehen und geschehe an der Wiege der modernen Menschheit im Nahen Osten. Deshalb Grundkonsens anstreben. Ob wir – die politische Führungsschicht – uns der Herausforderung gemäß verhalten? Vorteil vertreten ja, aber auch Grenzen erkennen. Er werde »opfern müssen«, nicht nur sagen, sondern auch durchsetzen. Er könne heute mehr wagen als früher. Hamburg habe sein Hinterland wieder – damit sei Begründung für Leistungen entfallen. 4. Auf das neue Deutschland komme neue Verantwortung zu. Er werde versuchen, dieser Herausforderung gerecht zu werden.

10. Januar 1991

Bundesvorstand in Bonn. Kohl: Jahr von großer Bedeutung. Innenpolitisch wie außenpolitisch. Golfproblem: ungewöhnlich ernst. Vernichtungswaffen noch viel schrecklicher als im Zweiten Weltkrieg. Folgen eines Krieges unabsehbar. Aber nicht mehr Geist von München. Die Einigkeit der Alliierten noch stabil. Aber noch Chance für andere Lösungen.

Gestrige Gespräche in Genf rundherum enttäuschend. USA zum Frieden bereit, wenn UNO-Resolution eingelöst wird. In

der Region nicht nur Kräfte, die Frieden wollen, sondern auch alte Rechnungen, die beglichen werden sollen. Naher Osten nach Krieg oder Lösung nicht mehr wie vorher. Für Libanon hat sich niemand eingesetzt. Israel ist gefährdet.

Konsequenz für die Bundesrepublik in jedem Fall, dass Marshallplan für die Nahostregion organisiert werden muss. Jordanien am Ende. Unterstützung für Palästinenser, für Ägypten, schon wegen des Bevölkerungszuwachses. Stabilität im Nahen Osten auch in Zukunft nicht gegeben. Deutschland muss sich wirtschaftlich engagieren – schon angesichts unserer wirtschaftlichen Stärke. Forderungen werden auch aus Südosteuropa kommen.

Mitterrand werde Vorschläge machen. Auch die UNO werde sich bemühen. Menschenmögliches für den Frieden – aber auch Völkerrechtsbruch muss geahndet werden. USA werden zusätzliche Erwartungen äußern, die auch finanzielle Auswirkungen haben werden. GATT-Runde muss zu einer Lösung führen – auch mit Rücksicht auf die USA. Verhandlungen werden sehr kompliziert sein. Ursachen liegen nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern auch bei der Industrie und dem Handel, vor allem bei den Dienstleistungen.

Kohl weist auf die Entwicklungen und ihre Gefährdungen in der Sowjetunion hin (Konflikt mit Baltikum) und in Jugoslawien und die Möglichkeit, dass auch dies uns noch einmal Geld kosten könne.

Innenpolitisch eine boomartige Entwicklung unserer Wirtschaft. 1991 könnte ein Ausnahmejahr im Verhältnis zu unseren Nachbarn werden. Arbeitsmarkt der alten Bundesrepublik habe rund 400 000 Aussiedler in 1990 verkräftet. Im Jahr 1990 rund 2,5 Prozent Inflation. Abstand Unternehmer- und Arbeitnehmer-einkommen hat sich verringert. Arbeitnehmer von 4 auf 7 Prozent, Unternehmer von 9,1 auf 9 Prozent. Aufregung über Telefongebührenerhöhung ist ihm nicht verständlich. Es geht um rund 4 bis 5 DM im Schnitt pro Monat.

Koalitionsverhandlungen durch neue strategische Lage gekennzeichnet. CSU relativ kleiner, FDP relativ größer. FDP jetzt Nr. 2, CSU Nr. 3. CDU und FDP haben Mehrheit. In der FDP wirkt sich Integration Ost aus, denn FDP hat vor allem durch den Osten zugenommen.

Wenige Monate nach dem Tag der Deutschen Einheit sei Verhalten der Länder zur deutschen Einheit, das wir erlebten, deprimierend. Nichts sei mehr erkennbar vom Pathos der Einheit. Nur alte Besitzstände würden verteidigt. Säkulare Bedeutung des Vorganges werde nicht mehr verstanden. Man diskutiere westliche Themen, die vor diesem Ereignis keine Bedeutung mehr hätten.

Renten dürften nicht vermindert werden: 37 Prozent über 60 Jahre. Deshalb auch keine Diskussion über Knappschaftsversicherung.

Seiters berichtet über Koalitionsverhandlungen. Eckwerte: Kredite nicht über 70 Milliarden DM. Deshalb 35 Milliarden DM einsparen, davon Verteidigung 7,6 Milliarden DM; Subventionen 6,5 Milliarden DM; Post 2,0 Milliarden DM; Sozialbereich 20,6 Milliarden DM.

15 Milliarden DM Einsparungen und 20 Milliarden DM Einnahmenverbesserung. Zwei Prozent Anhebung für Arbeitslosenversicherung; 2,5 im Jahr 1991 (ab 1. April). Absenkung der Rentenversicherung um 1 Prozent. Belastung durchschnittlich 20 DM pro Monat im Westen. Finanzverbund Rentenversicherung Ost-West; kein Verbund für die Knappschaft und Überprüfung von Einzelfällen. Keine Belastung Autobahn oder Verkehr.

Gesetz zur Pflegeversicherung 1992; Strukturhilfen bis 1992. Berlinhilfe in 1991 im Umfang von 13,5 Milliarden DM; Zonenrand: Abbau Beginn 1991, Abbauschluss 1994.

Niedrigsteuerland noch keine Einigung: Verzicht auf Vermögenssteuer und Gewerbesteuer, Abschreibungen.

1992 auch Abschaffung der Vermögens- und Gewerbesteuer im Westen. Außerdem Einstieg Familienlastenausgleich. Reform der Unternehmenssteuer mit Wirkung Ende 1994.

Zur Bundesverfassungsgerichtsentscheidung über Familienpolitik: Nur die Fälle regeln, die noch nicht rechtskräftig sind.

Sozialpolitik: Qualifikationsoffensive soll verstärkt werden in den neuen Bundesländern. Monopol der Bundesanstalt: Zulassung von Konkurrenz soll 1992 geregelt werden. Dann sollen Entscheidungen auch über Kündigungen des ILO-Abkommens fallen. Vorher Großversuche. Das soll zugleich die politischen Widerstände abbauen helfen.

Übertragung des Rentenreformrechts auf die frühere DDR zum

1. Januar 1992. Krankenversicherung: Ablehnung des kassenübergreifenden Ausgleichs, aber Abbau der unterschiedlichen Beträge.

Töpfer berichtet zufrieden über Umweltschutz. Drei Bereiche: Lösung der Probleme in der alten Bundesrepublik; Sanierung der Schäden in den neuen Bundesländern; Solidarität mit anderen Ländern in Europa.

Zur Bahn (Kohl) sei praktisch nichts von dem zu machen, was gemacht werden muss. Acht Prozent des Verkehrs von Straße auf Schiene bedeutet Verdopplung der Bahnkapazität. Im Juni Gutachten zur Bahn. Ergebnis ist katastrophal, vor allem für Reichsbahn. Deshalb große Anstrengungen erforderlich. Wenn nicht, wird es einen Verkehrsinfarkt geben. Damit werde auch die Stimmung gegen Straßenverkehr umschlagen. Ohne grundlegende Reform der Bahn keine Vermeidung des Verkehrszusammenbruchs. Güter müssen von der Straße auf die Bahn verlagert werden. Straßenerhaltungskosten wachsen ins Unbezahlbare. Süd/Nord- durch Ost/West-Verbindungen ergänzen. Schnelle Züge ausbauen, Flugverkehr abbauen. Auch Ost/West-Bahnverbindungen ausbauen.

20. Januar 1991

Im Steigenberger Hotel auf dem Venusberg. Aus meinem Fenster im Apartment 324 blicke ich auf den Langen Eugen. Im Sommer verdecken die Bäume den Blick. Ein schöner Platz, der uns etwas für unser Penthouse in Godesberg entschädigt, dem ich noch immer ein wenig nachtrauere. Vor einer Stunde sind wir aus Hamburg eingetroffen. Ingrid nimmt an der Beiratssitzung der Selbsthilfegruppen teil.

Die Hessen wählen heute einen neuen Landtag. Wallmann werden gute Chancen gegeben, auch für die nächsten vier Jahre Ministerpräsident in Hessen zu bleiben. Ich hätte nichts dagegen. Er hat sich in den letzten Wochen energisch für die Belange der neuen Bundesländer eingesetzt.

Am vergangenen Donnerstag wurde der Bundeskanzler wiedergewählt. Er bekam bis auf 20 Stimmen alle Stimmen der Koalition. Aber die Wahl war durch den Krieg im Nahen Osten überschattet. Seit der Nacht vom 15. auf 16. Januar bekämpft die UNO-Allianz Saddam Hussein, um ihn zur Räumung Kuwaits

zu zwingen. Was sonst die Zeitungen und Nachrichten bestimmt hätte, wurde zu einer Meldung am Rande des Nachrichtenbildes: die Wahl des ersten Kanzlers aller Deutschen. Die Zeit, in der unsere Einheit und damit die Einheit Europas im Vordergrund standen, ist zu Ende. Die eigentlichen Weltprobleme melden sich wieder zu Wort. Einem Jahr des Friedens und der Einheit für Europa, der Entwürfe für ein europäisches Haus wird ein Jahr der Auseinandersetzungen, der Ernüchterung und der neuen Konflikte und Gefahren folgen:

1. Im Nahen Osten der Zusammenstoß von Reich und Arm, christlicher und islamischer Welt, moderner Industriegesellschaft, die vom Öl abhängt, und der »langsamen Nationen«, die solche Abhängigkeiten weniger bestimmen.

2. In der Sowjetunion die Verwerfungen und Auseinandersetzungen im Verlauf der Auflösung des stalinistischen Riesenreichs: die Versuche, die Unabhängigkeitsbestrebungen im Baltikum zu unterdrücken, die Rückfälle in die frühere Herrschaft von Bürokratie und Militär, aber auch die wachsenden Widerstände im ganzen Reich gegen Gorbatschows Verrat der Perestroika, wie seine Kritiker es sehen.

3. In Deutschland die herannahende Auseinandersetzung um die Finanzierung der deutschen Einheit, die die Substanz der Koalitionsvereinbarungen über den Haufen werfen und Kohl vor seine erste wirkliche innenpolitische Konfrontation stellen wird. Auch hier wird der durch Verdrängung der Zukunftsprobleme erkaufte politische und soziale Frieden zu Ende gehen.

4. In der Welt die schnell wachsenden ökologischen und demografischen Gefahren: Mein Buch »Zeitsignale«, vor allem die drei Herausforderungen: das ökologische, das demografische und das fiskalische Defizit, wird zunehmend aktuell.

Am Ende dieses Jahres 1991 werden sich Deutschland, Europa und die Welt wieder entscheidend verändert haben. Aber die Veränderungen werden nicht länger Folge des Zusammenbruchs einer alten Ordnung sein wie im Jahre 1990 und uns damit praktisch in den Schoß fallen. Sie werden das Ergebnis neuer Probleme sein, der Auseinandersetzung um ihre Lösung und der Spannungen, die aufbrechen werden in einer Welt, die nicht mehr durch die alte Ordnung strukturiert und stabilisiert wird, aber noch keine

neuen Ordnungen entwickelt hat, die ihr dauerhaftes Überleben gewährleisten.

Ein Blick zurück auf die ersten drei Wochen des Jahres in Dresden: Am 7. Januar kehren wir vom Buchberg nach Dresden zurück. Es fällt uns nicht leicht, unser Haus zu verlassen, dessen Schönheit und Geborgenheit wir nach der langen Trennung erst ganz erfassen.

Doch Dresden nimmt uns schnell wieder gefangen. Nachmittags schon treffe ich mit den Mitgliedern der sächsischen Landesgruppe im Bundestag zusammen. Die Atmosphäre ist besser als beim ersten Mal. Wir verabreden regelmäßige Treffen. Die Bundestagsabgeordneten haben sich gut vorbereitet, die Sachgebiete unter sich aufgeteilt und Ausarbeitungen erstellt, deren wesentlichen Inhalt sie vortragen. An den Koalitionsverhandlungen werden sie praktisch nicht beteiligt.

Als es ihnen gelungen war, zur Verhandlungsgruppe Haushalt und Finanzen zugezogen zu werden, erfahren sie den für den gleichen Abend angesetzten Beratungstermin nicht. Im Personaltabelleau spielt Sachsen keine Rolle, obwohl wir das beste Wahlergebnis aller Länder mit Ausnahme Bayerns erreicht haben. Schon jetzt spüren unsere Abgeordneten in Bonn, dass sie nicht nur eine Minderheit sind, sondern auch die Kreise der alten Bundesrepublik eher stören. Noch sind wir weit von der deutschen Einheit entfernt.

Abends ein Treffen mit der Lufthansa im Bellevue. Man hat den ersten Flug Köln/Bonn – Dresden eingerichtet, der nun täglich verkehren wird; eine wertvolle Bereicherung für uns, auch wenn die Zeiten noch nicht optimal sind. Ingrid sitzt mit Wagner zusammen und berichtet später von guten Gesprächen. Wir werden aus dem Mann nicht schlau und können seine wirklichen Fähigkeiten nicht recht einschätzen.

Am Dienstag erste Kabinettsitzung im neuen Jahr. Genau zwei Monate sind wir inzwischen zusammen. Die Gruppe wächst langsam zusammen und arbeitet als Team. Schwierigkeiten habe ich eigentlich mit keinem. Aber wirkliche Schwierigkeiten haben wir noch nicht untereinander gehabt.

Wir befassen uns vor allem mit den Folgen der Übernahme/Abwicklung der Unruhen an der Leipziger Universität – einige Studenten sind in einen Hungerstreik getreten, aber bereit, ihn aus-

zusetzen – und der Vorbereitung der Finanzierungsgespräche am 8. und 9. Januar in Bonn. Das Kabinett ist einmütig für eine harte Haltung. Es gibt wohl auch keine Alternative dazu. Denn ohne wesentliche weitere finanzielle Unterstützung wäre unser Land in wenigen Monaten zahlungsunfähig.

Nachmittags Gespräch mit Frau Fiedler-Winter für eine Fernsehsendung des NDR zu Problemen der neuen Länder. Anschließend Fahrt nach Berlin. Für den frühen Abend habe ich IBM einen Vortrag zur Lage in den neuen Bundesländern versprochen. Obwohl Kohl zu einer Vorbesprechung eingeladen hat, will ich die Zusage einhalten. Nach einigen Schwierigkeiten akzeptiert das Kanzleramt Georg Milbradt als Vertreter des Landes; er war schon den ganzen Tag zur Finanzministerkonferenz in Bonn; gegen 22.30 Uhr komme ich dazu. Georg erzählt, man habe alleine rund zwei Stunden über die Frage gestritten, wie man Rheinland-Pfalz 250 Millionen DM ersetzen könne, die durch eine Umwidmung der bisherigen Strukturhilfen für finanzschwache Länder im Westen entfallen würden. Gies, Gomolka und Dučač sind ähnlich bestürzt wie wir über die Unfähigkeit, unsere Probleme im Osten zu verstehen und einzuordnen.

Wir treffen uns am 9. Januar morgens in der Runde der Ministerpräsidenten in der Niedersächsischen Landesvertretung. Tags zuvor hatten die Finanzminister mit Mehrheit beschlossen, den Fonds »Deutsche Einheit« um 6 Milliarden DM aufzustocken, durch Bund und alte Bundesländer je zur Hälfte. Georg hatte sich enthalten, um nicht gegen andere CDU-Länder stimmen zu müssen. In der Ministerpräsidentenrunde wird von den alten CDU-Ländern stattdessen vorgeschlagen, den Anteil der neuen Bundesländer an der Mehrwertsteuer schneller steigen zu lassen als im Einigungsvertrag vorgesehen. 85 Prozent schon 1991, 90 Prozent 1992 und 100 Prozent 1993 und 1994. Der Bund hat signalisiert, dass er nicht bereit sei, seinen Anteil am Fonds zu erhöhen und dafür weitere Schulden zu machen. Die SPD-Länder sind nicht bereit, allein deshalb auf den ursprünglichen Vorschlag zu verzichten. Sie wollen die Last zusätzlicher Zahlungen nicht allein tragen. So wird deutlich, dass wir trotz gewachsener Einsicht in die Notwendigkeit weiterer Leistungen diesmal noch keine Einigung bekommen werden.

Um 11.15 Uhr sind wir beim Neujahrsempfang Richard von Weizsäckers. Wohl keiner von uns beiden, meint er, hätte noch vor wenigen Monaten damit gerechnet, dass wir uns in dieser Weise begegnen würden. Streibl hatte mich mitgenommen und wollte wissen, ob ich bereits den Bayerischen Verdienstorden hätte. Er meint, ich müsste ihn haben. Ich würde mich freuen und sage es ihm.

Über die Kanzlerrunde habe ich schon berichtet. Am Schluss meint Kohl, die Wirklichkeit werde wohl über vieles hinweggehen, was uns in den Gesprächen beschäftigt habe. Ich zitiere ihn am nächsten Tag im Bundesvorstand damit und beziehe seinen Satz auf die Koalitionsverhandlungen. Er widerspricht mir nicht.

Vor unserem Rückflug nach Dresden besuche ich unsere Büros in der Baden-Württembergischen Vertretung. Es ist schön zu wissen, dass Heidemann und Frau Ewald jetzt dort arbeiten. Späth ist noch im Haus. Die Presse ist voll mit Berichten über seine lockeren Beziehungen zur Wirtschaft und die zahlreichen Vergünstigungen, die ihm gewährt wurden. Die Traumreise mit einem gecharterten Schiff, dessen Kosten der frühere SEL-Vorsitzende als betriebliche Ausgabe geltend gemacht hatte, hat eine Kampagne ausgelöst, die ihn ebenso unvorbereitet wie wirksam getroffen hat.

Der Donnerstag beginnt mit einem Gespräch mit Meyer und Geisler zur Vorbereitung der Bundesvorstandssitzung, an der Meyer nicht teilnehmen kann. Ich bin den ersten Tag in der Staatskanzlei. Noch ist mir der große Raum fremd. Aber mein Stehpult, der schöne Teppich, den wir in Prien gekauft haben und der im Wohnraum der Elliger Höhe lag, und die Silbersachen auf dem Schreibtisch vermitteln ihm bereits eine gewisse Vertrautheit. Wir verabreden, dass zuerst Geisler sprechen und unsere Haltung erläutern soll. Sachsen kann im Bundesrat keinen finanzwirksamen Gesetzen zustimmen, wenn dadurch die Lösung unserer Probleme erschwert wird. Das wollen wir deutlich machen.

Anschließend besucht mich eine Delegation des Neuen Forums mit Frau Bärbel Bohley. Eine eindrucksvolle Frau! Es geht um die alten Seilschaften und ihre Überwindung, die weitere Entwicklung in Sachsen und die Sicherung der Menschen vor Risiken, die sie alleine nicht tragen können. Ich freue mich über das Vertrauen, das mir entgegengebracht wird.

Mit den Vertrauensleuten der Treuhand besprechen wir sodann die gleiche Frage. Erfahrene Richter, die sich bereit erklärt haben, in den Niederlassungen zu arbeiten und so Krieger bei seiner Arbeit zu unterstützen. Eine Rolle spielt in unserem Gespräch, wie intensiv man rechtsstaatliche Gesichtspunkte bei der Aufklärung vorgebrachter Sachverhalte berücksichtigen müsse. Die Hessen sind unterschiedlicher Meinung, auch was die Organisation des rechtlichen Gehörs angeht. Es ist nicht einfach, die Erfordernisse einer friedlichen Revolution mit unseren Vorstellungen von geordneten Verfahren in Einklang zu bringen.

Mit Meinhard Miegel spreche ich über unsere Lage und seine Arbeit. Er hat sich in mehreren Aufsätzen mit wichtigen Themen befasst. Dazu gehört die Frage nach der Bedeutung des Leistungsprinzips für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sein richtiges Ergebnis: Das Prinzip gilt für eine Minderheit. Die große Mehrheit wird nicht nach Leistungsgesichtspunkten entlohnt, sondern nach Vorstellungen über den sozialen Ort der jeweiligen Tätigkeiten. Die Leistung der großen Mehrheit ist auch nicht von ihrem Einsatz, sondern von den Ordnungen und Organisationen abhängig, in denen sie die Leistung erbringen und auf deren Gestaltung sie keinen Einfluss haben.

Der Bundesvorstand beschließt den Tag. Wir trennen uns nach 21.00 Uhr, ohne dass wir in den Fragen, die uns interessieren, weitergekommen wären. Reichenbach sage ich für die Klausur des Landesvorstandes am nächsten Tag wegen des Besuches der Treuhand in Dresden ab. Er benutzt unser kurzes Gespräch darüber am nächsten Tag, um den Eindruck zu erwecken, was er an organisatorischen Vorschlägen der Partei vortrage – insbesondere die Entlassung von Schramm –, sei mit mir besprochen worden.

Das Gespräch mit der Treuhand am Freitag (11. Januar) ist erfreulich. Die Beschwerden, die mich zur öffentlichen Kritik veranlassen haben, sind aufgenommen und jedenfalls dem Grundsatz nach durch Änderungen in Organisation und Arbeitsweise abgebaut. Die Dezentralisation beginnt zu funktionieren. Wir wollen die Niederlassungen durch eine Task Force ergänzen. Paten für kleinere Betriebe zu finden ist der Gedanke, den wir verwirklichen wollen. Deutlich wird in unseren Diskussionen, dass wir eine Novelle zum Einigungsvertrag brauchen. Nicht nur bei

Grundstücken, auch bei Unternehmen muss es eine Vorfahrt für Investitionen geben.

Wir behandeln auch die Kriterien für den Verkauf von Unternehmen. Selbst wenn normalerweise dem höchsten Gebot der Zuschlag zu geben sei, dürften Angebote nicht honoriert werden, deren Höhe durch die Aussicht motiviert sei, ein Monopol einzukaufen. Obwohl ich den Verkauf der *Sächsischen Zeitung* nicht erwähne, denken wir daran. Frau Breuel und Rohwedder stimmen dem Grundsatz zu.

In der anschließenden Pressekonferenz betonen wir übereinstimmend, dass struktur-, regional- und sozialpolitische Gesichtspunkte für die Entscheidung der Treuhand keine Rolle spielen können. Sie müssen im Rahmen der Landespolitik beachtet werden. Die Treuhand hat dafür kein politisches Mandat. Gemeinsam vertreten wir die Ansicht, der Gesetzgeber müsse die Klärung der Eigentumsverhältnisse erleichtern.

Seit Montag (14. Januar) haben wir nun auch unsere Kleine Lage. Langsam kehrt ein Hauch von Ordnung in unsere Arbeit ein. Im Übrigen ist der Tag mit Gesprächen ausgefüllt, zunehmend meine eigentliche Tätigkeit. General Schönbohm berichtet über die Integration der NVA in die Bundeswehr. Veränderungen der russischen Haltung zum Truppenabzug kann er nicht erkennen. Da der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Moskau noch nicht ratifiziert ist, ist dies eine kritische Frage. Wir wollen in Verbindung bleiben.

Unter meinem Fenster bevölkert sich im Sonnenschein der Spazierweg entlang der Hänge des Venusbergs. Die Sonne steht auf dem Hochhaus Tulpenfeld, und ich kann das Fenster meines Abgeordnetenbüros sehen, in dem ich von 1977 bis 1980 saß. Wenn mir damals jemand vorausgesagt hätte, was zehn Jahre später mit mir geschehen würde: Meine Fantasie hätte nicht gereicht, es auch nur als Möglichkeit in Erwägung zu ziehen.

Im Kabinett am Dienstag regeln wir die noch offenen Zuständigkeitsfragen. Schommer erhält das Landesamt für offene Vermögensfragen, das niemand will, von Kimme aber gut geleitet wird. Georg bekommt die Zuständigkeit für Geld und Kredit und die Sparkassen, Umwelt behält trotz Bedenken des Innenressorts die Landesplanung. Ohne sie bleibt das Umweltministerium als Querschnittsressort peripher und unwirksam. Das schwächste Ressort

im Reigen klassischer Ministerien muss die Planung übernehmen, um sich Geltung verschaffen zu können.

Am Samstagabend hatte uns Vaatz noch über Klausurtagungen des Fraktionsvorstandes – von der ich nichts wusste – und der Landespartei unterrichtet, an der ich nicht teilnehmen konnte. Die Fraktion sei stabil, wünsche aber mehr Zusammenarbeit. In der Partei laufe nicht alles nach Wunsch. Man habe den Wahlpartei-tag auf 1992 terminiert.

Am späteren Abend gehen Ingrid und ich noch in die Kreuzkirche zum Friedensgebet. Die Kirche ist überfüllt. Vor allem junge Leute beten für den Frieden; sie haben Angst vor kriegेरischen Auseinandersetzungen nach dem Ablauf des Ultimatums. Nach Gebeten und Lesungen treten viele spontan nach vorne, um ihre Fürbitten vorzutragen und eine Kerze zu entzünden. Die Gemeinde antwortet ihnen mit einem Kyrie. Bewegend und doch auf eine merkwürdige Weise weltfremd. Es fehlt uns als Volk jede Erfahrung mit der politischen Verantwortung der Völker für die notfalls gewaltsame Sicherung des Friedens und der internationalen Friedensordnung.

Am Mittwoch (16. Januar) bleibe ich morgens in Dresden. Als wir um 7.00 Uhr Radio hören, erfahren wir, dass die UNO-Allianz in der Nacht die Kampfhandlungen gegen den Irak eröffnet hat. Ein Appell Gorbatschows in letzter Minute hatte ebenso wenig Wirkung wie Aufforderungen Syriens und des Jemen an Bagdad, sich aus Kuwait zurückzuziehen.

Der Donnerstagmorgen ist einem ausführlichen Gespräch mit Goliasch, dem Fraktionsvorsitzenden, gewidmet. Wir wollen uns nun regelmäßig treffen. Der leicht erregbare Mann ist voll guten Willens und uneingeschränkt loyal. Er spürt wie alle anderen den wachsenden Druck auf Fraktion und Regierung, der uns in den kommenden Monaten belasten wird. Alle wollen sich anlehnen und erwarten Unterstützung. Aber dafür bin ich ja auch gekommen.

Nachmittags besucht mich Karl-Heinz Kunckel, der Landesvorsitzende der SPD, um eine Reihe von Problemen zu besprechen. Zu ihnen gehört die Rückgabe des SPD-Vermögens. Die PDS/SED hat sich auch hier bereichert. Die Gebäude, die sie gegen die De-vrientstraße getauscht hat – sie begründet damit die Rechtmäßig-

keit dieses Besitzes –, gehören zum Teil der SPD. So ist auch dieser Tausch fragwürdig.

Am späten Nachmittag lädt mich Pfarrer Ziemer zum Bittgottesdienst in die Kreuzkirche. Ich soll auch ein Wort sprechen. Wir sitzen mit ihm und Bischof Hempel im Altarraum. Ich bin befangen und weiß nicht recht, was ich sagen soll. Die Kirche ist kein Ort für politische Auseinandersetzungen. Die jungen Leute glauben an das Unrecht des Krieges. Eine junge Frau spricht in ihrem Testimonial später von der Mörder-UNO und erhält Beifall. So beschränke ich mich darauf, darum zu bitten, dass der Krieg sich nicht verselbstständigt und man immer wieder den Versuch macht zu verhandeln. Als ich vom Angriff zuerst hörte, war ich erleichtert. Denn mir schien, man habe pausiert, um Verhandlungen wieder eine Chance zu geben. Als die Angriffe fortgesetzt wurden, war auch ich beunruhigt. Ingrid war mit meinem Votum nicht zufrieden – ich im Grunde auch nicht. Deshalb diskutieren wir am Abendtisch noch darüber. Aber die Kirche und auch die jungen Leute fanden es gut, dass ihr Ministerpräsident bei ihnen war.

Am Freitag dann Gespräche über die Dreiländeranstalt mit Kinze und Neupert, ein Interview mit den *Dresdner Neuesten Nachrichten* – der junge Redakteur meinte, die Zurückhaltung Israels nach dem ersten Raketenangriff und die Anstrengungen der USA, den Konflikt zu begrenzen, hätten seine Sicht der Dinge verändert.

Als wir am Samstag (19. Januar) nach Dresden zurückkamen, erreichte uns die Nachricht von Späths Rücktritt.

21. Januar 1991

Präsidium und Bundesvorstand in Bonn. Die Wahlen in Hessen sind knapp verloren. SPD und Grüne haben jetzt 56 Mandate, CDU und FDP 54 Mandate. Damit hat sich das Verhältnis wieder umgekehrt. Kohl betont die Bedeutung der Wahl in Rheinland-Pfalz für den Bundesrat. Er habe den Eindruck, man habe das dort noch nicht begriffen. Auf den Einwand von Wagner, man habe das schon begriffen, fährt er ihm über den Mund – er lebe schließlich da.

Kohl macht erneut die Medien für den Wahlausgang verant-

wortlich. Am Beispiel des Golfkrieges betont er die destruktiven Wirkungen der Medien Rundfunk und Fernsehen. In Deutschland herrsche eine Hysterie wegen des Krieges, die durch die Medien verursacht sei. Deutschland sei ein ökonomischer Riese, laufe aber Gefahr, zu einem politischen Zwerg zu verkommen. Unser Land verliere die Fähigkeit, Verantwortung zu tragen. Die Notwendigkeit, Stunden mit Kommentaren zu füllen, und mangelnde Kenntnisse der Journalisten vermischten sich zu einer Gemengelage von Unfähigkeit und bösem Willen. In den Printmedien sei die Landschaft erträglicher.

Kohl beschwert sich dann über die Reaktion der Bevölkerung über den Krieg. Die jungen Leute, aber auch Ältere, schrieben ihm zu Tausenden Briefe, die man kaum begreifen könne. Kohl versteht nicht, dass die Deutschen in den letzten Jahrzehnten zu außen- und machtpolitischer Unmündigkeit erzogen worden sind und dass die Menschen über die Zusammenhänge im Golf durch die Regierung kaum aufgeklärt worden sind.

Wallmann sieht die Ursachen des Wahlergebnisses im Auftreten der Republikaner – die 1,7 Prozent gewonnen haben – den Koalitionsverhandlungen und einem Stimmungswandel von 10 Prozent (SPD hatte Mitte Januar fast 50 Prozent in Umfragen). Außerdem Kampagne gegen Wallmann selbst. Er habe mit dem Ergebnis nicht gerechnet: aber auch nicht mit Diskussionen um Autobahngebühren etc. Die regionale *Bild*-Zeitung sei besonders rabiat gewesen.

Zur Partei: Sie sei gut motiviert, aber veraltet. Man finde keinen Nachwuchs mehr. Das mache ihm Sorge. Das Bild, das die alten Bundesländer abgegeben haben im Verhältnis zur Einheit, sei miserabel und habe das Stimmungsverhalten beeinflusst.

Dregger sieht in der geringeren Wahlbeteiligung (117 000 CDU-Wähler sollen nicht zur Wahl gegangen sein) und in den Demonstrationen der Friedensbewegung, die den Grünen Auftrieb gegeben haben, Ursachen für das Wahlergebnis.

Kohl beschwert sich, dass es nicht möglich sei, mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Das sei früher anders gewesen, wofür er Beispiele anführt. Er übersieht, dass man Zusammenarbeit nicht punktuell haben kann. Die Konzentration der Einigungspolitik auf Kohl hat die Brücke zur SPD zerstört, so dass er jetzt

nicht darüber klagen sollte, dass man sie jetzt nicht beschreiten kann.

Rühe weist auf die fehlende Motivation der CDU-Wähler hin, die auch durch die Adenauer-Stiftung bestätigt werde.

Stoltenberg hält die Klärung der Ursachen für den Golfkrieg für dringend geboten. Der Krieg werde länger dauern als angenommen. Ich schließe mich Blüms Anerkennung für Wallmanns Verhalten am gestrigen Abend an. Danke ihm für die Haltung zu den neuen Ländern und erwähne Ursachen für geringe außenpolitische Belastbarkeit der deutschen Bevölkerung. In der Koalitionsvereinbarung spielt die neue Verantwortung keine Rolle. Außenpolitik komme praktisch nicht vor.

Stoltenberg weist auf die Dringlichkeit der Innenpolitik hin. Jetzt müssten die Gesetze umgesetzt respektive verabschiedet werden, die dem Osten helfen sollen. Dabei kommt den Beschlüssen im Bundesrat die größere Bedeutung zu.

Kohl hat jetzt die Schulpolitik als Ursache ausgemacht. Die Schulen hätten systematisch alle Werte kaputtgemacht. Auch die Theologie habe versagt. Man erwarte von der Regierung alles und sei selbst nicht bereit, etwas zu tun. Auch die Unternehmer »seien verrückt« geworden. Man verlange Steuererhöhungen, keine Verschuldung und keine Risiken. Er sei nicht defätistisch. Das Ergebnis gestern mache ihn gereizt, denn jetzt komme die Hauptschlacht. Wir könnten sie bestehen – aber nur, wenn wir in den elektronischen Medien wenigstens eine Pattsituation erlangen können. Man müsse viele Menschen im Westen treiben, etwas für die DDR zu tun (als ob wir es ihnen nicht ausgetrieben hätten, Opfer zu bringen).

Ich unterstütze Stoltenberg in seiner Feststellung, wir müssten uns auf innenpolitische Auseinandersetzungen vorbereiten. Die eigentlichen Auseinandersetzungen stünden uns mit den Problemen im deutsch-deutschen Verhältnis ins Haus. Wir könnten die Motivation der Ostdeutschen nicht aufrechterhalten, wenn die Westdeutschen nur forderten, aber nicht teilen können. Man verstehe nicht die Forderung nach 10 Prozent Lohnerhöhung für Arbeitnehmer, die 3500 DM verdienen, statt sich auf 3 Prozent zu beschränken und den Zuwachs mit den Ostdeutschen zu teilen.

In der Partei müssten wir die Erneuerung der Außenpolitik

als Folge der deutschen Einheit diskutieren. 1978 hätten wir im Grundsatzprogramm ein unzureichendes außenpolitisches Kapitel verabschiedet, das nie aufgearbeitet worden sei. Wir hätten 1981 in Hamburg über Außenpolitik diskutiert und dann nicht mehr. Die Partei sei deshalb auf die neue außenpolitische Verantwortung nicht vorbereitet. Bleibe es bei der sozialpolitischen Legitimation des Staates, dann könne der Staat für außenpolitische und andere Zwecke nicht Zusätzliches fordern, ohne seine politische Legitimation zu gefährden, wenn er von den Menschen zusätzliche Leistungen verlange. Deshalb müssen wir den »neuen Staat« auch neu legitimieren. Sonst werde er angesichts der jetzt anstehenden Probleme handlungsunfähig.

Zur Volatilität der öffentlichen Meinung in den Wochen vor der Hessen-Wahl: Sie zeige, dass die Parteien den Menschen bei den neuen Problemen keine Verankerung bieten können, weil sie darüber nicht diskutieren und keine konsensfähigen Positionen entwickeln. In dieses Vakuum stießen die Medien vor und füllten es mit ihren Positionen aus. Auch diese Positionen seien nicht nach nationalen Prioritäten bestimmt, sondern durch eine starke Anbindung an die kritischen Minderheiten in der Bevölkerung – ohne dass die Medien diese Position politisch strukturieren könnten. Diese Strukturierung kann nur die Politik leisten.

Welche Bedeutung diese Führungsleistung hat, zeige die Art, wie die Parlamentarier in Großbritannien, in Frankreich oder in den USA sich mit den Phänomenen des Golfkrieges auseinandersetzen. Gerade in diesen Unterschieden wird unser Defizit an außenpolitischer und internationaler Verantwortungsfähigkeit deutlich.

Im Bundesvorstand ergänzt Kohl, die Erfolge der Grünen in Hessen hätten gezeigt, dass der Realo-Flügel erfolgreich sein könne, die Grünen also nicht überwunden seien. Deshalb habe er Wert darauf gelegt, in der Koalitionsvereinbarung ein starkes Kapitel »Schutz der Schöpfung« aufzunehmen. In der Regierungserklärung werde das noch deutlicher werden. Die CDU müsse, ohne grün zu werden, die Themen der Realo-Grünen aufnehmen – über genau diese Position bin ich 1987 von Herrn Kohl in Nordrhein-Westfalen gestürzt worden. Jetzt, nachdem der Partei zunehmend das Wasser bis zum Hals steht, erinnert man sich

daran. Vier wertvolle Jahre der Bewusstseinsveränderung sind seitdem verloren.

Kohl nimmt meine Einschätzung auf, dass die CDU nicht durch Zurückweichen, sondern nur durch Fordern und Führen für die großen nationalen Aufgaben ein neues Profil gewinnen kann. Selbst wenn das am Anfang Schwierigkeiten mache, werde es am Ende – und damit zur Wahl 1994 – Erfolg bringen. Die CDU werde damit zunächst allein sein. Denn die Führungen der gesellschaftlichen Gruppen, ebenso wie die Kirchen, seien der Aufgabe derzeit nicht gewachsen (so Lehmann als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz oder die Fälle, in denen Pfarrer Kinder für Proteste gegen den Golfkrieg missbrauchen). Die Deutschen, so Kohl, dürften nach der Einheit nicht die nationalen Aussteiger aus der Weltpolitik werden. Auch als die Pfeffersäcke der Welt hätten sie keine Zukunft. Die Japaner seien dabei, erhebliche Beiträge für den Golfkrieg anzubieten. Aber auch damit können wir kein Ansehen gewinnen, dass wir von dem abgeben, was wir verdienen (sonst kommt man noch auf die Idee, unsere Geschäfte mit dem Irak und unsere finanziellen Leistungen für den Golfkrieg miteinander zu verbinden).

Freiheit – auch hier wiederholt Kohl meine Argumente – sei nicht zum Nulltarif zu haben. Das müsse man nach dem Jahr der deutschen Euphorie begreifen. Nur die CDU könne diese Last übernehmen – keine andere politische Partei sei dazu in der Lage. Das sei aber auch eine Chance, denn viele Menschen warteten auch darauf, gefordert zu werden. Sie erwarteten, dass wir in diesem Jahr für unsere Sache kämpfen. Es sei auch möglich, denn es gehe den Menschen heute besonders gut.

Hier macht Kohl zwei Fehler: 1. Es muss uns nicht um unsere Sache gehen. Wir müssen den Deutschen dienen, nicht der CDU. Das muss auch in unserer Bereitschaft zum Ausdruck kommen, ein Wahlrisiko in Kauf zu nehmen. 2. Unser Problem ist, dass es den Menschen so gut geht. Das heißt, alle Anforderungen sind mit Risiken für den materiellen Wohlstand verbunden.

Wir vereinbaren ein Gespräch für den Freitag in Bonn. Ich will mit Kohl die Einlassung des Freistaates zur Regierungserklärung besprechen. Wir haben uns für die Februar-Plenarsitzung eine Art Eröffnungsbilanz des Freistaates Sachsen vorgenommen, in der

wir alle wesentlichen Fakten ohne Schonung vorlegen und dies auch in Bonn veröffentlicht werden. Dazu brauchen wir, wie Meinhard zu Recht sagt, eine entsprechende Dramaturgie; denn in Bonn verdrängt man die Wahrheit, da sie mit den Eckdaten der Koalitionsvereinbarung nicht zu bewältigen ist.

Bernhard Vogel, der neben mir sitzt, stellt nicht ohne Amüsement fest, ich sei nun nach Wagner der dienstälteste Ministerpräsident der CDU. Ich antworte ihm, Gomolka sei noch einige Tage länger im Amt, gehe mir also vor. Aber die Verhältnisse haben sich gleichwohl dramatisch verändert. Die Partei hat keine breite Führungsschicht mehr, auf die sie sich stützen kann. Der Kahlschlag, den Kohl verursacht hat, wird immer deutlicher sichtbar.

Alles in allem zeigt die heutige Vorstandssitzung, dass jetzt alle Fragen virulent werden, zu denen ich mich seit Jahren geäußert habe, ohne eine Resonanz auszulösen. Zugleich sind die wesentlichen Träger der Parteiführung entweder ausgeschieden, wie Wallmann oder Späth, oder stark geschwächt, wie Geißler oder Lothar de Maizière. Kohl ist zunehmend alleine und beginnt, es zu spüren. Da er selbst zwar die wachsenden Probleme sieht, sie aber weder strukturieren noch strategisch angehen kann – auch von seinem Generalsekretär kaum Unterstützung zu erwarten hat –, braucht er neue Verbündete. Darin kann für uns eine Chance liegen.

24. Januar 1991

Sitzung des Landtages. In einer Sondersitzung, die der normalen Sitzung vorausgeht, wurden Erklärungen zum Golfkrieg abgegeben. Der Landtag ist zwar nicht zuständig. Aber zuständig für Ermahnungen zum Frieden ist jedes freie Parlament. Die Voten sind eindrucksvoll. Am besten fast Karl-Heinz Kunckel (SPD) das Dilemma zusammen, wenn ich auch seine Ansicht zur Weiterführung der Sanktionen nicht teile. Die Sondersitzung wird von Iltgen mit einem eigenen Votum abgeschlossen. Auch er eindrucksvoll in seiner Ausgewogenheit. Nachdenkenswert der Gedanke, dass wir uns mitschuldig gemacht haben, weil wir uns nicht rechtzeitig zum Frieden geäußert haben. Wir hätten uns – so Iltgen – bereits nach dem 2. August 1990 melden müssen, dann wieder, als Hus-

sein Geiseln als menschliche Schilde missbrauchte, Kuwait plünderte, die Menschen dort foltern ließ. So war die Zeit für den Frieden schon verstrichen, als man zu den Waffen gegriffen habe.

Vor dem Hause lärmten Demonstranten mit Trommeln, Pfeifen, Blechdosen und Stöcken. Der Lärm erinnert mich an das Lärmen der Büsserzüge, von denen uns aus dem späten Mittelalter berichtet wird. Man hat wohl auch damals die Menschen durch Trommeln und Pfeifen aufrütteln und provozieren wollen. Diese Provokation ist notwendig – damals wie heute.

Im Kabinett am vergangenen Dienstag: Erneut beschäftigt uns die Finanzlage des Landes. Wir bereiten das Gespräch mit dem Bundeskanzler am Freitag vor. Das Kabinett teilt meine Ansicht, dass wir die Koalitionsvereinbarungen nicht als Grundlage unserer Politik anerkennen können. Wir werden sie auch im Bundesrat nicht mittragen können.

Allgemein wird mir immer deutlicher, welche riesige Kluft zwischen der Koalitionsvereinbarung einerseits und der Wirklichkeit andererseits existiert. Dass die drei Parteivorsitzenden die Anerkennung der Wirklichkeit unserer Lage verweigern und diese politische Verweigerung unterschreiben, sich zu zentralen Aufgaben der Deutschen im Zusammenhang und konzeptionell zu äußern, ist ein politischer Skandal. Am schlimmsten das Verhalten Lambsdorffs. Er ist der intelligenteste der drei Vorsitzenden. Seine Familie stammt aus dem alten Osten Deutschlands. Hinter seinem Schreibtisch hängt ein Bild Bismarcks. Er müsste sich in besonderer Weise dem alten Herzen Deutschlands verbunden fühlen. Das Gegenteil ist richtig. Lambsdorff setzt seine Intelligenz ein, um den Wiederaufbau unseres Teils Deutschlands zu erschweren. Seiner westlichen Klientel zuliebe missbraucht er den Osten Deutschlands für Steuerreform- und Steuersenkungsexperimente. Er bürdet uns ständig neue Lasten auf, ohne uns die notwendige Unterstützung zu gewähren. Ihm sind die Rechte der Eigentümer wichtiger als das Recht der Menschen hier, Vertrauensschutz zu genießen. Steuererhöhungen werden abgelehnt, aber Subventionsabbau nicht geleistet. Die FDP ist wie keine andere Partei an der Aufgabe innere Einheit der Deutschen gescheitert.

Zwei Fragen beschäftigen mich länger: die Überführung der Autobahnmeistereien und die Braunkohlesubvention. Die Über-

führung wird vertagt, weil Schommer wieder nicht seine Schularbeiten gemacht hat. Sein Vergleich mit dem Personalbestand in Baden-Württemberg erscheint uns nicht ausreichend. Zur Braunkohlestruktur müssen wir uns nolens volens entschließen. Haussmann hat im Dezember durch Verordnung eine Fortführung der Subvention für den Rest der Heizperiode angeordnet. Waigel erklärt schon vorher, der Bund werde die Subventionen nicht finanzieren. Für das Land ergibt sich daraus eine zusätzliche Belastung von rund 500 Millionen DM bei einem geschätzten Steuereinkommen von 3,5 Milliarden DM. Aber wir sehen keine Möglichkeit, aus dem Reigen der Länder auszubrechen, die die Verordnung bereits umsetzen, und für Sachsen eine Sonderregelung in der Verordnung zu erreichen. So müssen wir allein für diese Intervention des Bundes rund ein Siebtel unseres Steuereinkommens bereitstellen.

Abends sind Heitmanns bei uns in der Schevenstraße zum Essen. Das erste Mal, dass wir Gäste in unserem neuen Esszimmer bewirten können. Der Anlass waren Hinweise, die mir Heitmann und seine Frau über die Lage der freien Künstler in Dresden zukommen ließen. Diese Menschen gehören nicht zur staatlichen Kunst. Sie hatten sich in der alten DDR in gesellschaftlichen Nischen eingerichtet, in denen man sie weitgehend in Ruhe ließ und hin und wieder auch zur Unterstützung der Region missbrauchte. Ihre wirtschaftliche Existenz war gesichert, wenn auch auf niedrigem Niveau. Ihre Ateliers, oft nur im Kellerraum, waren entweder ähnlich billig wie die Wohnungen oder kostenlos. Unter ihnen herrschte ein reges philosophisches, ästhetisches und politisches Gespräch. Bücher, die nicht zu haben waren, gingen von Hand zu Hand. Man bildete eine Gemeinschaft, die in der Kultur und Kunst einen weit höheren Stellenwert hatte als der Konsum. Aber man hatte auch Käufer für die Bilder und Plastiken. Es gab Galerien und Ausstellungen, durch die man bekannt werden konnte.

Diese Strukturen sind entfallen. Die Käufer fehlen weitgehend. Ausstellungen und Galerien gibt es noch, aber man setzt nichts mehr ab. Deshalb sind die Künstler weitgehend ohne Einkommen. Arbeitslosenversicherung steht ihnen nicht zu. Von der Sozialhilfe verstehen sie nichts – meistens wissen sie nicht um ihre Existenz.

Deshalb herrscht vielfach Existenzangst. Die Ateliers können sie nicht mehr bezahlen. Die Stadt verlangt dafür gewerbliche Mieten, private Eigentümer ebenfalls.

Wir suchen nach Auswegen. Mein Vorschlag: Wir gründen eine Künstlerhilfe und suchen jemanden, der ihre Sozialhilfe organisiert, und sichern damit zunächst einmal ihre Lebensgrundlage. Dann suchen wir in deren Häusern Räume für diejenigen, die ihre Ateliers verloren haben oder nicht mehr bezahlen können. Ausstellungen können wir in Hotels und Banken organisieren. Dort sind die neuen Käufer eher zu erreichen als in den bisherigen Galerien. All dies lässt sich relativ leicht und ohne großen finanziellen Aufwand gestalten. Wir wollen es zügig in Gang setzen.

Der Mittwoch beginnt mit einem Gespräch, zu dem ich Ingo Zimmermann gebeten habe. Er soll mir bei der Erarbeitung meines Konzeptes für die Kulturstiftung helfen. Wir sprechen nicht über personelle oder Statuskonsequenzen; zunächst soll das Konzept von der Fraktion gebilligt werden. Dann soll der Landtag über das Gesetz zur Einrichtung der Kulturstiftung beschließen. So lange werden der Staatsminister Wissenschaft und Kunst und seine Abteilung 5 den Vorgang betreuen.

In der Debatte zu meiner Erklärung über Entscheidungen zu Übernahmen oder Abwicklungen trage ich dem Landtag meine Sorge über die Finanzierung des Landes vor. Solidarität dürfe nicht nur an Rhetorik, sondern müsse an praktischem Handeln gemessen werden. Kunckel erklärt gerade unter Zustimmung des ganzen Hauses, man wolle auch als Opposition die Regierung in der Bewältigung der Finanzfragen unterstützen. Die Koalitionäre in Bonn, so Kunckel, hätten nicht verstanden, worum es in Deutschland wirklich gehe. Wieder spendete ihm das ganze Haus Beifall. Kunckel warnt davor, eine neue Wand in Deutschland entstehen zu lassen, die dann lange, vielleicht Jahrzehnte, Deutsche und Deutsche trennen könne. Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Sachsen die Schwaben hassen. Eine gute Formulierung!

In meinem Beitrag verspreche ich, den Satz über die Solidarität auch im Bundestag zu sprechen. Auch diese Feststellung findet im ganzen Haus Zustimmung wie meine Äußerungen zur Solidarität selbst.

Abends besuchen mich Städtebauprofessoren. Schwarzbach von

